

## Pressespiegel 09.2021 – 10.06.2024

A) Zentrale Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl mit hohem Besuch	03
B) Nominierungen zur Kreistagswahl	04-08
C) Kommunalpolitische Tagungen	08
D) Sicherheitsausbau B32	09-11
E) Bezirksparteitag Württ.-Hohenzollern in Wangen	12-14
F) Kreisparteitag in Bad Waldsee 17.09.2021	15
G) Kreisparteitag und Wahlkreismittgliederversammlung am 17.02.2023	16
H) Berichterstattung von Bezirks- und Landesparteitagen	17
I) Bundestagswahl 2021	18
J) Fusionsversammlungen	19-21
K) Neujahrsempfang	21-22
L) Bürgerinformation	22
M) Patrick Söndgen neuer Bürgermeister von Bodnegg	23
N) Gefragt – geantwortet	24-25
O) Kreispolitische Themen	26-30

Liebe Mitglieder,

ob und in welchem Umfang in den örtlichen Printmedien über politische Parteien berichtet wird, ist immer eine Entscheidung der jeweiligen Redaktion. Daher freut es mich als Pressereferent des CDU-Kreisverbandes Ravensburg ganz besonders, dass es uns auch in der vergangenen Amtszeit des Kreisvorstandes gelungen ist, die Arbeit der CDU in der Schwäbischen Zeitung angemessen zu platzieren. Gerade im Vorfeld der Kommunalwahlen waren die persönlichen Kontakte in die zuständigen Redaktionen, die unser Kreisvorsitzender, Christian Natterer, und auch ich selbst kontinuierlich zu pflegen versuchen, durchaus von Nutzen: Bei allen 10 Kreistagsnominierungen wurden unsere Pressemitteilungen in Form von Vor- und Nachberichterstattung jeweils in allen vier (Lokal-) Ausgaben, Ravensburg/Weingarten, Wangen, Leutkirch und Bad Waldsee, veröffentlicht.

In dem Ihnen vorliegenden Pressespiegel finden Sie nach Veranstaltungsarten geordnet beispielhaft jeweils einen dieser veröffentlichten Berichte. Hinzugefügt habe ich Ihnen auch die CDU-Kreistagsthemen, über welche die Schwäbische Zeitung von sich aus berichtet hat, so z.B. über die Dauerthemen OSK oder Verkehr.

Mit unserem hauseigenen Heft, dem „CDUvorOrt“, waren wir ebenfalls vier- bis fünfmal im Jahr bei jedem CDU-Mitglied im Briefkasten. Hier stellt sich zunehmend die Herausforderung, genügend Werbetreibende zu finden, um diese Form der Berichterstattung unseren Mitgliedern auch weiterhin zu ermöglichen. Wir sind einer der wenigen Kreisverbände, die dies noch in dieser umfangreichen Form ehrenamtlich und natürlich mit Unterstützung unserer Kreisgeschäftsführerin schaffen. Neben der Pressearbeit auf Kreisebene ist es auch vielen unserer Orts- und Gemeindeverbände wieder gelungen, durch eigene Berichterstattung über die örtlichen CDU-Aktivitäten umfangreich zu informieren. Sei es z.B. in Ravensburg, Wangen, Leutkirch, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Baienfurt, Altshausen und Aulendorf über die Schwäbische Zeitung oder in unseren Ortschaften über die dort eingesetzten Gemeindeblätter. Für diese Pressearbeit vor Ort darf ich mich im Namen des Kreisvorstandes sehr herzlich bedanken.

Als Kreispressereferent versuche ich stets, alle wesentlichen Veranstaltungen des Kreisverbandes auch persönlich zu begleiten. Selbst wenn dies neben der Schreibarbeit mit einem weiteren Zeitaufwand verbunden ist, macht es sehr viel Freude und gerne übernehme ich – Ihre Zustimmung vorausgesetzt - auch in der kommenden Amtszeit diese Aufgabe.

Ihr



Christoph Lüdtké

# CDU-Politiker sprechen Landwirten Fachkompetenz zu

Peter Hauk, Norbert Totschnig und Norbert Lins treten für ein Europa der starken ländlichen Räume ein

Von Vera Stiller

WANGEN - 100 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren in den Weinstadt Rimmel nach Hiltensweiler gekommen, um auf Einladung der CDU den Blick in Richtung „Europa und die Landwirtschaft“ zu lenken. Kreisvorsitzender Christian Natterer hatte an den Anfang seiner Begrüßung den Satz von einem Europa, das man gerade jetzt benötige, gestellt.

Brüssel ist weit entfernt? Nein, ganz im Gegenteil. Die Politiker, die am Freitagabend das Wort ergriffen, waren sich einig: Die Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, gehen unsere Unternehmen jeden Tag an. Mit dem Zugang zu einem Absatzmarkt mit über 500 Millionen Verbrauchern ist die EU der größte Binnenmarkt der Welt. Deshalb, so die einhellige Meinung, sei sie auch die Grundlage für unseren Wohlstand.

Für Landwirtschaftsminister Peter Hauk, der zuvor davon gesprochen hatte, dass es die EU war, die im Gegensatz zur Bundesregierung mit haltbaren Antworten auf die Bauernproteste reagierte, machte unmissverständlich klar: „Es darf kein Biosphärenreservat in Oberschwaben geben. Die Entwicklung in der Landwirtschaft sagt uns, dass dort kein Bedarf besteht. Vielmehr ist die Nutzung der Natur bitter notwendig!“

Damit war Hauk auch schon bei der Düngeverordnung und seiner Einschätzung angelangt, dass dort, wo die Verhältnisse in Ordnung seien, „der Landwirt schalten und walten kann“. Der Minister sprach den Bauern Fachkompetenz zu.

Norbert Totschnig ist in Österreich Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft. Für ihn ist Baden-Württemberg ein Bundesland „voller Innovation und Leistungskraft“. Das habe er wieder bei den Besuchen eines landwirtschaftlichen Betriebes in Argenthal und der Landesgartenschau Wangen verdeutlicht bekommen, sagte er. Gerade in Zeiten wie diesen, würde es in der Verantwortung der Politik liegen, „über Ländergrenzen hinaus Allianzen zu bilden und die Leistungsträger in den Regionen zu stärken“.



Vor dem Termin in Hiltensweiler besuchten die CDU-Politiker am Nachmittag die Landesgartenschau (von links): Peter Hauk, Bodensee-Apfelprinzessin Sina Bernhard, Norbert Totschnig, Oberbürgermeister Michael Lang, CDU-Fraktionsvorsitzender Mathias Bernhard, Norbert Lins, Kreisbauernpräsident Franz Schönberger, CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer und die Allgäuer Brauereikönigin Isabell Allmendinger. FOTO: PETER LUTZ

Die bevorstehende EU-Wahl, so Totschnig weiter, sei dahingehend eine Richtungsentscheidung. Nur mit starken Stimmen, die sich für die Landwirtschaft einsetzen, „können wir die Interessen unserer Bäuerinnen und Bauern und die der Menschen in unseren ländlichen Regionen auf EU-Ebene durchsetzen“. Denn, das machte Totschnig deutlich: „Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung müssen höchste Priorität haben.“

Viel Lob für seinen Einsatz, gerade im Hinblick für die Landwirtschaft, bekam im Laufe des Abends Norbert Lins. Doch der Europaabgeordnete, der seit Juli 2019 Vorsitzender des Agrarausschusses des EU-Parlaments ist, will nicht stehen bleiben. Es geht ihm um die Zukunft, um eine klare Richtung. Aber ebenso um die Auseinandersetzung, um das „Finger in die Wunde legen“.

Ein Thema war dabei die Pflanzenschutzverordnung. Zur Verdeutlichung: Das Plenum hatte den Vorschlag der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in erster Lesung zurückgewiesen.

Auch die Zurückweisung in den zuständigen Unterausschuss wurde mehrheitlich abgelehnt.

„Wir unterstützen zwar das Ziel, Pflanzenschutzmittel zu reduzieren, aber wir lehnen ein generelles Verbot in sogenannten sensiblen Gebieten ebenso ab, wie ein Verbot von Glyphosat“, sagte Lins. Sein Credo: „Landwirtschaftspolitik und Umweltpolitik dürfen nicht gegeneinander, sondern müssen Hand in Hand gestaltet werden.“ Gerade in der derzeitigen

Phase, in der die Lebensmittelpreise ein Treiber der Inflation seien, dürften die Kosten für landwirtschaftliche Produkte nicht durch politische Maßnahmen noch weiter nach oben getrieben werden.

„Der Hebel ist in Brüssel schon vor den Protesten in Europa umgelegt worden“, hielt Lins vor Augen und erklärte: „Der Rücktritt vom Vize-Kommissionspräsidenten und Kommissar für Klimaschutz, Frans Timmermans“ habe da-

zu geführt. „Timmermans war maßgeblich mitverantwortlich für den Europäischen Green Deal und stand daher auch für die vielen Klimaschutz-Regeln und Auflagen seitens der EU.“

Große Hoffnungen für die Zukunft legt der Europaabgeordnete auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), deren aktuelle Fassung bis 2027 reicht. „Der neue EU-politische Rahmen für die Landwirtschaft ab 2028 wird von der Kommission in der nächsten Legislaturperiode festgelegt“, informierte Norbert Lins. Und da lässt er keinen Zweifel: „Ich wäre gerne auch weitere fünf Jahre mit dabei!“

Im Vorfeld der Veranstaltung im Weinstadt Rimmel hat sich das „Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft“ mit seiner Forderung nach strikten Regulierungen durch die EU an die Politiker gewandt. Lins sagte den Demonstranten zu, dass für ihn die Zulassungspflicht im Hinblick auf die „Neue Gentechnik“ auch künftig nicht verhandelbar sei. Für ihn habe der Schutz der Bio- wie auch der gentechnikfreien Landwirtschaft höchste Priorität.



Im Vorfeld der Veranstaltung im Weinstadt Rimmel gab es eine kleinere Demonstration durch das „Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft“. FOTO: VERA STILLER

## B) Nominierung Kreistagswahl

Jeweils erschienen in den Ausgaben Ravensburg/Weingarten, Wangen, Leutkirch und Bad Waldsee

**Wahlkreis 1** (vom 21.10.2023)

### CDU nominiert Bewerber für die Kreistagswahl

Ravensburgs Oberbürgermeister Daniel Rapp kandidiert erneut als Spitzenkandidat

RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg hat bei seiner ersten Nominierungsversammlung im Vorfeld der Kommunalwahlen 2024 die Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis I (Ravensburg) bestimmt. Knapp 50 stimmberechtigte Mitglieder und Gäste fanden sich hierzu ein, wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht.

CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer, der selbst Mitglied des Kreistages ist, hob zu Beginn der Versammlung hervor, dass es vor dem Hintergrund der kommenden Wahlen von großer Be-

deutung sei, das vielerorts noch stark vorhandene Vertrauen in die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Als Ziel gab er aus, dass die CDU auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellt. Ravensburgs Oberbürgermeister Daniel Rapp, der von den Versammlungsteilnehmern mit großer Mehrheit erneut zum Spitzenkandidaten für die Kreistagswahl bestimmt wurde, blies ins gleiche Horn: „Die Menschen erwarten vor allem von uns, dass wir die Probleme anpacken und

lösen. Und das wir das können, beweisen wir in unserer alltäglichen Arbeit: die CDU ist eine Kraft der Mitte, eine Kraft des Pragmatismus“, so Rapp.

Monika Schäfer aus Ravensburg-Weißenau folgt hinter Rapp auf Platz 2 der Kreistagsliste. Aufgrund ihrer fachlichen Kenntnisse liege ihr das Thema Finanzen besonders am Herzen, so die 44-jährige Kämmerin der Gemeinde Berg. Auch die übrigen 14 Kandidatinnen und Kandidaten stellten ihre Grundgedanken und Schwerpunkte für ein mögliches Kreistagsmandat vor.



Die CDU-Kandidatinnen und -Kandidaten für den Wahlkreis I (Ravensburg): Daniel Denzler, Rolf Engler, Markus Brunner, Gabi Messarosch, August Schuler, Kerstin Schmid, Rudolf Hämmerle, Monika Schäfer, Christoph Sitta, Margareté Eger, Dr. Daniel Rapp, Anna Klaus, Dr. Manfred Büchele, Alina Nußbaum, Teresa Kluger, Bernhard Rückgauer und CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer.

FOTO: CDU

**Wahlkreis 2** (vom 01.03.2024)

### CDU Weingarten hat Gemeinderatsliste voll

WEINGARTEN (sz) - Die CDU Weingarten hat 26 Frauen und Männer nominiert, die als Kandidaten für die Kommunalwahl am 9. Juni im Gemeinderat und im Kreistag antreten werden. Beim Kreistag führen OB Moll und Bürgermeister Geiger die Liste an.

„Es ist unser Anspruch als echte Volkspartei, dass wir eine Liste aufstellen, die alle in unserer Gesellschaft erfasst und das ist uns auch jetzt wieder gelungen“, sagt der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Jörg Sträßle.

Auf der Liste seien alle Altersgruppen zwischen 22 und 76 Jahren vertreten. Man finde neben Studenten, einen Rechtsanwalt, zwei Professorinnen, Unternehmer, Rentner, zwei Architekten, ein Lehrer, Gesundheitsfachleute aus unterschiedlichen Bereichen der Medizin, einen Bildhauer und auch zahlreiche Kandidaten mit Berufen

aus den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und der Verwaltung. Die Liste sei nach der Tradition der CDU-Weingarten in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt. Nominiert sind Raphael Beck, Carola Brenner, Markus Brunnbauer, Johann Hammer-schmidt, Markus Holletzek, Marieluise Kliegel, Jürgen Kneißle, Prof. Dr. Yvonne Krautter, Ferdinand Lauer, Andreas Leicht, Mirjam Lerch, Louis Maucher, Michel Müller, Peter Nagel, Wolfgang Pfau, Kerstin Pfender, Franz Pflughar, Christa Pick-Gobs, Frank Schraudolf, Christoph Steinhart, Dietmar Straub, Robert Weissenberg, Martin Winkler, Lutz Wörner, Tanja Zimmermann und Goran Živković.

Für den Kreistag nominiert sind Clemens Moll, Alexander Geiger, Patricia Jabs, Markus Brunnbauer, Daniela Sträßle, Matthias Franz und Markus Winter.



Die Kandidaten des CDU-Stadtverbandes Weingarten nach der Nominierungsveranstaltung. Krankheitsbedingt fehlen einige Gesichter.

FOTO:CHRISTOPH LÜDTKE

## Bürgermeister Binder und Steiner kandidieren für die CDU

BAINDT/KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU Kreisverband Ravensburg hat im Rahmen seiner zehnten Nominierungsversammlung im Vorfeld der Kreistagswahlen 2024 die Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis III (Baienfurt, Baintdt, Berg, Fronreute, Wolpertswende) bestimmt. Hierzu hatten sich knapp 40 Mitglieder und Gäste in der Baintdt Tennishalle eingefunden.

Der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer stellte gleich zu Beginn der Versammlung fest, dass es gelungen sei, nunmehr in allen zehn Wahlkreisen insgesamt 89 von 89 möglichen Kandidaten für die Gesamtliste der CDU zu gewinnen. Außerdem habe man es allerorts geschafft, eine gute Mischung aus kommunalpolitisch erfahrenen aber auch jungen Bewerbern zusammenzustellen. Nicht mehr kandidieren werden im Wahlkreis III die ehemaligen Bürgermeister Elmar Buemann (Baintdt) und Helmut Grieb (Berg). Ihnen dankte Natterer für ihre gute Arbeit im Kreistag über viele Jahre. Unter der Wahlleitung von Christian Natterer wurden

in alphabetischer Reihenfolge folgende Kandidaten nominiert: Platz 1: Bürgermeister Günter A. Binder (Baienfurt), Platz 2: Simon Bittel (für Berg), Platz 3: Klaus Fetscher (Berg), Platz 4: Dieter Hermann (Baintdt), Platz 5: Peter Herzog (Baienfurt), Platz 6: Hans Layer (Fronreute), Platz 7: Günter Schwegler (Fronreute), Platz 8: Thomas Schwegler (Wolpertswende), Platz 9: Bürgermeister Daniel Steiner (Wolpertswende).

Im inhaltlichen Teil der Versammlung umrissen die amtierenden Kreisräte, Bürgermeister Daniel Steiner aus Wolpertswende sowie CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer, die Themenschwerpunkte ihrer bisherigen Arbeit im Kreistag und gaben Einblick in künftige Vorhaben der CDU-Fraktion. Zudem stellten auch die übrigen acht Kandidatinnen und Kandidaten, darunter Baienfurts Bürgermeister Günter A. Binder, der neu bei der CDU kandidiert, ihre Grundgedanken und Schwerpunkte für ein mögliches Kreistagsmandat vor, wobei die angestrebte Ausgewogenheit der Gesamtliste zum Ausdruck kam.



Die Kreistagskandidaten der CDU im Wahlkreis III mit dem Wahlleiter (von links): CDU-Kreisvorsitzender und Kreisrat Christian Natterer, Bürgermeister und Kreisrat Daniel Steiner, Dieter Hermann, Hans Layer, Bürgermeister Günter Binder, Günter Schwegler, Thomas Schwegler, Klaus Fetscher und Peter Herzog. Es fehlt Simon Bittel.

FOTO: CHRISTOPH LÜDTKE

## CDU nominiert für die Kreistagswahl

Das sind die Kandidaten und ihre Vorhaben im Landkreis Ravensburg

VOGT (sz) - Die CDU im Kreisverband Ravensburg hat im Rahmen einer Nominierungsversammlung im Vorfeld der Kreistagswahl 2024 ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis IV (Bodnegg, Grünkraut, Schlier, Waldburg, Wolfegg und Vogt) bestimmt. Das schreibt die CDU in einer Pressemitteilung. Auch die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen der bevorstehenden Kreistagswahlen gab sie bekannt.

Übergeordnetes Ziel müsse es sein, als CDU auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellen zu können, stellte der Kreisvorsitzende Natterer klar. Im Wahlkreis IV, wo man 2019 einen Sitz verloren habe, wolle man wieder um mindestens einen Sitz zu legen, so Natterer.

Unter der Wahlleitung von Christian Natterer wurden in alphabetischer Reihenfolge folgende Kandidaten nominiert. Platz 1: Jörg Beier (Vogt), Platz 2: Joshua Bernhart (Grünkraut), Platz 3: Gerda Buchmann (Bodnegg), Platz 4: Bernd Grabherr (Waldburg), Platz 5: Bürgermeister Peter Müller (Wolfegg), Platz 6: Bürgermeister Patrick Söndgen (Bodnegg), Platz 7: Erbgraf Ludwig von Waldburg-Wolfegg (Wolfegg). Die amtierenden Kreisräte, Wolfeggs Bürgermeister Peter Müller und Unternehmer Bernd Grabherr aus Wald-

burg, umrissen die Themenschwerpunkte ihrer bisherigen Arbeit im Kreistag und gaben Einblick in künftige Vorhaben der CDU-Fraktion.

Die CDU-Kreistagsfraktion habe in der vergangenen Legislaturperiode wichtige Projekte für die Menschen im Landkreis angestoßen, wie etwa „die unumgängliche Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft“ („Die CDU steht weiterhin zur kommunalen Trägerschaft“) oder das aktuelle Schulbauprogramm im Bereich der beruflichen Bildung, so Grabherr, der gleichzeitig im Hinblick auf umstrittene Beschlüsse im Kreistag aber auch klarstellte: „Nichts ist Schwarz-Weiß. Es geht stets um Differenzierung und wir haben uns die Entscheidungen nie leicht gemacht!“ Wolfeggs Bürgermeister Peter Müller sagte, angesprochen auf den Themenkomplex „Kreisgebäudebau“, der neben den Schulgebäuden unter anderem auch die Bauten der öffentlichen Verwaltung umfasst: „Die Gebäude des Landratsamtes sind definitiv nicht mehr zeitgemäß.“ Gleichzeitig stellte er fest: „Aufgrund der aktuellen prekären Lage im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und anderer dringenden kostenintensiven Projekte muss der Verwaltungsbau in der Priorisierung zur Zeit definitiv nach hinten rücken.“



Das Foto zeigt (von links): Bernd Grabherr, Patrick Söndgen, Jörg Beier, Gerda Buchmann, Peter Müller, Erbgraf Ludwig von Waldburg-Wolfegg, Joshua Bernhart und CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer.

FOTO: CHRISTOPH LÜDTKE

## CDU nominiert Bewerber für Kreistag im Wahlkreis V

Die amtierenden Kreisräte Volker Restle und Robert Schweizer treten erneut an

KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg hat seine Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis V (Aulendorf, Altshausen, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Horgenzell, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen und Wilhelmsdorf) bestimmt und die wichtigsten Themen für die bevorstehenden Kreistagswahlen dargelegt. Als Ziel formulierte der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer, dass die CDU auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellen wolle. Im Wahlkreis selbst treten die amtierenden Kreisräte Volker Restle und Robert Schweizer erneut an.

Folgende Kandidaten wurden in alphabetischer Reihenfolge nominiert. Platz 1: Patrick Bock (Horgenzell), Platz 2: Joachim Dietrich (Wilhelmsdorf), Platz 3: Wilhelm Kessler (Horgenzell), Platz 4: Bürgermeister & Kreisrat Volker Restle (Horgenzell), Platz 5: Andreas Rothmund (Wilhelmsdorf), Platz 6: Kreisrat Robert Schweizer (Altshausen), Platz 7: Laura Trolliet (Altshausen), Platz 8: Daniel von der Ohe (Aulendorf), Platz 9: Heiko Wolf (Aulendorf), Platz 10: Stephan Wülfrath (Aulendorf). Aus Sicht des Horgenzeller Bürgermeisters Volker Restle sind derzeit vor allem die Bauvorhaben „Berufliche Schulen“ und „Kreisverwaltungsgebäude“ sowie der Ausbau des ÖPNV-Angebots im Landkreis Gegenstand der Kreispolitik. Bezüglich der notwendigen Sanierungen bzw. Neubauten von Gebäuden, bei denen der Kreis Träger ist, haben die beruflichen Schulen aus Sicht Restles klare Priorität.

genzell), Platz 2: Joachim Dietrich (Wilhelmsdorf), Platz 3: Wilhelm Kessler (Horgenzell), Platz 4: Bürgermeister & Kreisrat Volker Restle (Horgenzell), Platz 5: Andreas Rothmund (Wilhelmsdorf), Platz 6: Kreisrat Robert Schweizer (Altshausen), Platz 7: Laura Trolliet (Altshausen), Platz 8: Daniel von der Ohe (Aulendorf), Platz 9: Heiko Wolf (Aulendorf), Platz 10: Stephan Wülfrath (Aulendorf). Aus Sicht des Horgenzeller Bürgermeisters Volker Restle sind derzeit vor allem die Bauvorhaben „Berufliche Schulen“ und „Kreisverwaltungsgebäude“ sowie der Ausbau des ÖPNV-Angebots im Landkreis Gegenstand der Kreispolitik. Bezüglich der notwendigen Sanierungen bzw. Neubauten von Gebäuden, bei denen der Kreis Träger ist, haben die beruflichen Schulen aus Sicht Restles klare Priorität.



Die CDU-Kreistagskandidaten im Wahlkreis V mit dem Wahlleiter (von links): Kreisrat Robert Schweizer, Stephan Wülfrath, Heiko Wolf, Patrick Bock, Laura Trolliet, Bürgermeister und Kreisrat Volker Restle, Daniel von der Ohe, Andreas Rothmund und CDU-Kreisvorsitzender und Kreisrat Christian Natterer. Es fehlen Joachim Dietrich und Wilhelm Kessler. FOTO: CHRISTOPH LÜDTKE

## OB Henne kandidiert erstmals für Kreistag

Das sind die CDU-Kandidaten für die Kreistagswahl

BAD WALDSEE (sz) - Die CDU hat im Vorfeld der Kreistagswahl 2024 ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis VI (Bad Waldsee-Bergatreute) bestimmt. Dabei wurden auch die aus CDU-Sicht wichtigsten Themen der bevorstehenden Kreistagswahlen umrissen.

Unter der Wahlleitung von CDU-Kreisvorsitzendem Christian Natterer wurden folgende Kandidaten alphabetisch nominiert: Platz 1: die amtierende Kreisrätin Sonja Wild, Platz 2: Thomas Bertele, Platz 3: Robert Ettinger, Platz 4: Wilhelm Heine, Platz 5: Oberbürgermeister Matthias Henne, Platz 6: Maximilian Klingele, Platz 7: Achim Strobel.

Damit kommen die Kandidaten alle aus Bad Waldsee und den Ortschaften der Stadt, denn der langjährige Kreisrat Josef Forderer aus Bergatreute kandidiert nicht mehr. Ihm dankte Natterer für seine „hervorragende und zu-

verlässige“ Arbeit im Kreistag, unter anderem als langjähriger Sprecher der CDU im Ausschuss für Bildung und Kultur.

Wie die CDU mitteilte, freute sich Natterer, dass es der Wahlkommission gelungen sei, eine ausgewogene Liste aus jungen und kommunalpolitisch erfahrenen Kandidaten zu finden. Unter anderem kandidiere Oberbürgermeister Matthias Henne erstmals für den Kreistag. Übergeordnetes Ziel müsse es sein, als CDU auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellen zu können, stellte Natterer, der selbst Mitglied des Kreistages ist, klar. Im Wahlkreis VI, wo man 2019 einen Sitz verloren habe, wolle man wieder um mindestens einen Sitz zulegen, so der CDU-Kreischef kämpferisch.

In der vergangenen Legislaturperiode seien laut Forderer wichtige Projekte angestoßen worden

– etwa die unumgängliche Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft, den Ausbau der Dualen Ausbildung oder das aktuelle Schulbauprogramm im Bereich der beruflichen Bildung. Sonja Wild sagte: „Wir haben großen Nachholbedarf bei Kurzpfege – und Kindergartenplätzen; hier brauchen wir dringend mehr Personal.“ Auch gelte es, die Hausärzteversorgung im Raum Bad Waldsee deutlich zu verbessern.

Immer mehr Angebote im Bereich der Gesundheitsversorgung, der beruflichen Bildung und anderer öffentlicher Dienstleistungen würden sich immer mehr auf die beiden Oberzentren im Landkreis konzentrieren, gab Oberbürgermeister Matthias Henne zu bedenken und forderte: „Bad Waldsee darf im Spannungsfeld zwischen Ravensburg und Wangen nicht das fünfte Rad am Wagen werden.“



Die Kreistagskandidaten der CDU mit dem Wahlleiter (von links): Robert Ettinger, Achim Strobel, Maximilian Klingele, Wilhelm Heine, Kreisrätin Sonja Wild, Oberbürgermeister Matthias Henne, Thomas Bertele und CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer.

FOTO: CDU/CHRISTOPH LÜDTKE

# Kiflegger Haser kandidiert auf Wangener Kreistagsliste

CDU nominiert ihre Kandidaten für Wangen, Amtzell und Achberg – Wer welchen Listenplatz erhält

WANGEN (szjps) - Die CDU im Kreisverband Ravensburg hat bei einer Nominierungsversammlung im Vorfeld der Kreistagswahl 2024 ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis VII (Wangen, Amtzell, Achberg) bestimmt und hierbei die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen der bevorstehenden Kreistagswahlen umrissen. Dabei gab es eine personelle Überraschung.

CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer zeigte sich laut Mitteilung im „Alten Schloss“ in Amtzell zufrieden darüber, dass es erneut gelungen sei, „eine starke, ausgewogene Liste für den gesamten Wahlkreis“ präsentieren zu können, welche sowohl kommunalpolitisch erfahrene wie auch junge Kandidaten enthalte. Gemeinsames Ziel müsse es sein, als CDU wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellen zu können, stellte Natterer klar. Im Wahlkreis Wangen-Amtzell-Achberg, in dem man 2019 einen Sitz verloren habe, wolle man die beiden Sitze halten und auch gerne um einen weiteren zulegen, heißt es in dem Schreiben zur Zielrichtung. Erstmals tritt die CDU mit einer Doppelspitze im Wahlkreis an. Auf Platz 1 bestimmte die Versammlung den amtierenden Kreisrat und Wangener Stadtrat Christian Natterer, gefolgt von Roswitha Geyer-Fässler aus Karssee, der Vizepräsidentin des Landesbauernverbandes und ebenfalls Wangener Stadträtin auf Platz 2. Aus Amtzell kandidiert der stellvertretende Bürgermeister und Gemeinderat Hans Roman auf Platz 3.



Unter anderem sie kandidieren für die CDU im Wahlkreis Wangen, Amtzell, Achberg für den Kreistag (von links): Johannes Sontheim, Anton Sieber, Raimund Haser, Hans Roman, Roswitha Geyer-Fässler, Christian Natterer, Mathias Bernhard, Mario Sohler. Rechts im Bild ist Wahlleiter Waldemar Westermeyer. FOTO: CDU/LINKS

Durchaus überraschend ist die Bewerbung des aus Kiflegg kommenden Allgäuer CDU-Landtagsabgeordneten Raimund Haser auf Platz 4. Haser sitzt bereits im Kreistag, war vor rund fünf Jahren aber im Wahlkreis Bad Wurzach/Kiflegg gewählt worden. Der Wahlkreiswechsel ist möglich, da die Kandidatur nicht zwingend an den Wohnort gebunden ist – anders als bei den Gemeinderats- und Ortschaftsratswahlen.

Nicht mehr auf der Liste steht Clemens Moll. Bei der letzten Wahl war der frühere Amtzeller Bürgermeister zusammen mit Christian Natterer für den Wahlkreis Wangen/Amtzell/Achberg

gewählt worden. Inzwischen ist Moll aber Oberbürgermeister von Weingarten.

Unter der Wahlleitung des stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden Waldemar Westermeyer wurde folgende Gesamtliste nominiert: Platz 1: Christian Natterer (Wangen), Platz 2: Roswitha Geyer-Fässler (Karssee), Platz 3: Hans Roman (Amtzell), Platz 4: Raimund Haser, (Immenried), Platz 5: Johannes Sontheim (Wangen), Platz 6: Mario Sohler (Schomberg), Platz 7: Mathias Bernhard (Neuravensburg), Platz 8: Anton Sieber (Leupolz), Platz 9: Marius Dufner (Wangen), Platz 10: Jörg Rusch (Wangen). Ersatzbewerber ist Nico Huber (Wangen).

Inhaltlich befasste sich die Versammlung unter anderem mit dem von der CDU geforderten Sicherheitsausbau der B32 bei Amtzell und Bodnegg sowie der in tiefroten Zahlen steckenden Oberschwabenklinik.

Dazu erklärte Christian Natterer: „Die CDU steht weiterhin zur kommunalen Trägerschaft der Krankenhäuser sowie zur Zweiauslösung im Kreis.“ Raimund Haser stellte klar: „Es bleiben zwei Häuser. Eines davon in Wangen.“ Außerdem sagte er, dass der Neubau des Landratsamts angesichts der schwierigen Haushaltslage des Kreises erst einmal nach hinten rücken müsse.

# Marc Siebler auf Platz eins der CDU-Kreistagsliste

Für Isny und Argenbühl stehen die sieben Kandidatinnen und Kandidaten fest

ISNY/ARGENBÜHL (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg hat die Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis IX (Isny und Argenbühl) für die Kreistagswahl am 9. Juni nominiert. Wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht, steht der Isnyer Marc Siebler an der Spitze der Liste.

Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Christian Natterer wurden folgende Kandidaten nominiert: Platz 1: Marc Siebler (Isny), Platz 2: Christa Fuchs (Argenbühl), Platz 3: Bürgermeister Roland Sauter (Argenbühl), Platz 4: Karin Keck (Isny), Platz 5: Stefan Häbler (Isny), Platz 6: Jürgen Immler (Isny), Platz 7: Hans Diebold (Isny).

Im inhaltlichen Teil der Versammlung umrissen die amtierenden Kreisräte, Natterer, Argenbühls Sauter und Fuchs, die Themenschwerpunkte ihrer bisherigen Arbeit im Kreistag und gaben Einblick in künftige Vorhaben der CDU-Fraktion: „Die Menschen erwarten vom Landkreis angesichts zahlreicher Aufgaben und sinkender Einnahmen zurecht eine seriöse Finanzplanung in der Gesundheitspolitik“, hob Bürgermeister Sauter zu Beginn seiner Ausführungen hervor und gab zu bedenken, dass das derzeitige Defizit der Oberschwabenklinik (OSK) von etwa 30 Millionen Euro im Jahr letztendlich über die Kreisumlage

ge finanziert werde und damit die Gemeinden im Kreis mitbelastet. Dieser Zustand sei dauerhaft nicht zu bewältigen, so Sauter.

Aus Sicht des Argenbühler Bürgermeisters sind neben der wirtschaftlichen Situation der OSK derzeit vor allem die Bauvor-

haben „Berufliche Schulen“, „Kreisverwaltungsgebäude“ sowie der Ausbau des ÖPNV-Angebots im Landkreis Gegenstand der Kreispolitik.

Obwohl Handlungsbedarf vorhanden sei, müssten dabei einige Bauprojekte im Bereich „Verwaltungsgebäude“ – allen voran das

veraltete Gebäude des Landratsamtes – aufgrund der schwierigen Finanzlage in der Priorität zunächst einmal nach hinten rücken. Vorrangig wolle man zunächst die notwendigen Bauvorhaben bei den Berufsschulen angehen, so der Argenbühler Roland Sauter.



CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer (von links) mit den nominierten Kreistagskandidaten Christa Fuchs, Jürgen Immler, Karin Keck, Stefan Häbler, Marc Siebler und Roland Sauter, Es fehlt Hans Diebold. FOTO: CDU

# Kreis-CDU stellt Kandidaten des Wahlkreises 8 vor

Finanzen, Gesundheit, Bildung und ÖPNV als wichtigste Themen - CDU will stärkste Fraktion bleiben

LEUTKIRCH/KREIS RAVENSBURG – Im Rahmen der dritten Nominierungsversammlung im Vorfeld der Kreistagswahlen 2024 hat der CDU Kreisverband Ravensburg die Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis VIII (Leutkirch, Achstetten, Altrach) bestimmt und die wichtigsten Themen des Verbands für die bevorstehenden Kreistagswahlen dargelegt, wie der Verband mitteilt.

Der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer stellte fest, dass es gelingen sei, für den Wahlkreis eine ausgewogene Liste aus jungen aber auch kommunalpolitisch erfahrenen Kandidaten zu finden. Die CDU habe sich in der Region durch ihren intensiven und dauerhaften Einsatz für die Belange der Bürger vor Ort „ein hohes Maß an Vertrauenswürdigkeit“ erarbeitet, das es zu erhalten gilt“, so Natterer. Ziel müsse es sein, als CDU auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellen zu können und die Marke von derzeit kreisweit 24 Mandaten weiter auszubauen.

Unter der Wahlleitung von Natterer wurden in alphabetischer Reihenfolge folgende Kandidaten für die Listenplätze nominiert: Axel Rützer (Leutkirch), Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle (Leutkirch), Bürgermeister Thomas Kellenberger (Altrach), Joachim Krimmer (Leutkirch), Alois Peter (Herlazhofen), Markus Bosch (Leutkirch), Cornelia Stotz (Leutkirch), Anja Vollmar (Gebrazhofen) und Waldemar Westermeyer (Reichenhofen).

Danach umrissen die amtierenden Kreisräte die Themenschwerpunkte der bisherigen Arbeit im Kreistag und gaben Einblick in künftige Vorhaben der CDU-Fraktion: „Die Menschen

erwarten vom Landkreis angesichts zahlreicher Aufgaben und sinkender Einnahmen zurecht eine seriöse Finanzplanung“, hob Oberbürgermeister Henle hervor und verwies in diesem Zusammenhang auf die Haushaltsstrukturkommission, der er angehöre und welche die Finanzierungsstrategie des Landkreises maßgeblich mitgestalte. Gegenstand der Finanzierungsstrategie seien derzeit die Bauvorhaben „Schulen“, „Verwaltungsgebäude“ und „Oberschwabenklinik“ aber auch der Ausbau des ÖPNV-Angebots im Landkreis. Während Bauprojekte im Bereich „Verwaltungsgebäude“ aufgrund der schwierigen Finanzlage in der Priorität zunächst einmal nach hinten rücken müssten, sei mit dem „Aufbauprogramm ÖPNV“, welches unter anderem neue Schnellbusse und eine direkte Bahnverbindung von Leutkirch nach Ravensburg umfasse, langfristig eine spürbare Verbesserung des Angebots zu erwarten.

Thomas Kellenberger verwies zunächst auf die aus seiner Sicht drängendsten Themen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung: „Wir sind an der Grenze des Leistbaren angekommen“, stellte Kellenberger klar, das einzige, was Landkreis und Gemeinden angesichts der enormen Zahl an Flüchtlingen derzeit noch stemmen könnten, wäre „ein Dach über dem Kopf“ – und dies auch nur bei Verwendung von Leichtbauhallen als Notlösung, so Kellenberger. Auch bei der Kinderbetreuung und der Pflege sei rasches Handeln dringend nötig – so habe der Landkreis unter dem Eindruck stark wachsender Nachfrage unter anderem das Projekt „Quereinsteiger“ ins Leben gerufen, gleichzeitig solle vermehrt um ausländische Fachkräfte geworben werden.

Erfolge bei wichtigen Zukunftsthemen wie „Umwelt und Verkehr“ und „Schule und Kultur“ hob Kreisrat Waldemar Westermeyer hervor. Bei der notwendigen Umstrukturierung der beruflichen Schulen habe man eine faire und zukunftsstrahlige Aufteilung der Ausbildungsplätze auf die verschiedenen Schulstandorte hinkommen. Positive Auswirkungen auf den Landkreis verspreche er sich vom Modellprojekt „Berufsschule für sozialpädagogische Assistenz“, welches von der Eilfth-Stein-Schule in Ravensburg angeboten würde.



Von links: CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer, Markus Bosch, Axel Rützer, Cornelia Stotz, Waldemar Westermeyer, Anja Vollmar, Oberbürgermeister Hans Jörg Henle und Bürgermeister Thomas Kellenberger (letzterem: Joachim Krimmer, Alois Peter). FOTO: CDU/KREIS RAVENSBURG

# Scherer und Krattenmacher führen Liste an

CDU nominiert Bewerber für die Kreistagswahl 2024 im Wahlkreis 10

BAD WURZACH/KISSLEGG - Bei seiner bereits fünften Nominierungsversammlung im Vorfeld der Kreistagswahlen 2024 hat der CDU-Kreisverband Ravensburg die Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis X (Bad Wurzach, Kißlegg) bestimmt und die aus seiner Sicht wichtigsten Themen für die bevorstehenden

Kreistagswahlen dargelegt. Laut CDU-Pressemitteilung hatten sich hierzu knapp 30 Mitglieder und Gäste im Café Fatima in Immenried eingefunden.

Gleich zu Beginn der Versammlung stellte der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer zufrieden fest, dass es gelungen sei, für den Wahlkreis eine ausge-

wogene Liste aus neuen aber auch kommunalpolitisch erfahrenen Kandidaten zu finden; 6 von 7 Bewerbern treten zum ersten Mal für den Kreistag an. Neben Platzhirsch Kißleggs Bürgermeister Dieter Krattenmacher, freute sich Natterer insbesondere darüber, dass Bad Wurzachs Bürgermeisterin Alexandra Scherer erstmalig

auf der CDU-Liste mit dabei sei. Ebenso neu der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Franz Schönberger, die Ortsvorsteherin von Seibranz Petra Greiner sowie die Bad Wurzacher Gemeinderäte Heinrich Josef Vincon und Emina Wiest Salkanovic und der Kißlegger Gemeinderat Friedrich Rockhoff. Außerdem habe die CDU in der Region durch ihren intensiven und dauerhaften Einsatz für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort „ein hohes Maß an Vertrauenswürdigkeit erarbeitet, dass es zu erhalten gilt“, so Kreistagsmitglied Christian Natterer. Erklärtes Ziel sei es, als CDU auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die stärkste Fraktion im Kreistag stellen zu können und die Marke von derzeit kreisweit 24 Mandaten weiter ausbauen zu wollen. Unter der Wahlleitung von Christian Natterer wurden folgende Kandidaten nominiert. Platz 1: Bürgermeisterin Alexandra Scherer (Bad Wurzach), Platz 2: Bürgermeister Dieter Krattenmacher (Kißlegg), Platz 3: Heinrich Josef Vincon (Bad Wurzach), Platz 4: Franz Schönberger (Argenbühl), Platz 5: Petra Greiner Bad Wurzach), Platz 6: Dr. Friedrich Rockhoff (Kißlegg), Platz 7: Emina Wiest – Salkanovic (Bad Wurzach).



Die Kreistagskandidaten der CDU im Wahlkreis Bad Wurzach-Kißlegg mit Gästen (von links): CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer, Friedrich Rockhoff, Bürgermeisterin Alexandra Scherer, Heinrich Josef Vincon, Emina Wiest-Salkanovic, Franz Schönberger und Bürgermeister Dieter Krattenmacher. Es fehlt Petra Greiner. FOTO: CDU

## C) Kommunalpolitische Tagungen Oktober 2023

### SZ vom 06.10.2023 Kreis-CDU lädt zu zwei Tagungen ein

Die Veranstaltungen richten sich auch an potenziell interessierte Bewerber für die nächste Kommunalwahl

KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg geht frühzeitig in die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2024. Hierzu lädt die Kreis-CDU all ihre kommunalen Mandatsträger aus dem Kreistag, den Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten sowie ihre Kandidaten zur letzten Kommunalwahl und potenziell interessierte Bewerber für die nächste Kommunalwahl zu zwei kommunalpolitischen Tagun-

gen ein. Die erste der beiden Tagungen findet am Samstag, 8. Oktober, um 10.30 Uhr im Gasthaus Ochsen in der Herrenstraße 2 in Kißlegg statt.

Wie der CDU-Kreisvorsitzende und Kreisrat Christian Natterer in einer Pressemitteilung schreibt, wird die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende und Sigmaringer Landrätin Stefanie Bürkle zunächst ein kommunalpolitisches Impulsreferat halten.

Im Anschluss sind verschiedene inhaltliche Foren geplant. Argenbühls Bürgermeister und CDU-Kreisrat Roland Sauter wird hierbei zu kommunalen Haushalten und Finanzen referieren, der Ravensburger CDU-Bundestagsabgeordnete und Kreisrat Axel Müller zur Gesundheitspolitik im Allgäu und in Oberschwaben. Landrätin Stefanie Bürkle spricht zur Mobilität im ländlichen Raum, CDU-Kreisrat Rolf

Engler laut CDU-Vorschau zu Sozialpolitik in den Kommunen. Bürgerinnen und Bürger, die eine Kandidatur bei der nächsten Kommunalwahl überlegen, sind zur Teilnahme eingeladen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Die zweite kommunalpolitische Tagung ist am 28. Oktober in Ravensburg, dann unter anderem mit der Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen Nicole Razavi.

### Kreis-CDU lädt künftige Kandidaten ein

RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg geht nach eigenen Angaben frühzeitig in die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2024 an. Hierzu lädt die CDU alle ihre kommunalen Mandatsträger aus dem Kreistag, den Gemeinde- und Ortschaftsräten sowie ihre Kandidaten zur letzten Kommunalwahl und potenziell interessierte Bewerber für die nächste Kommunalwahl zur zweiten kommunalpolitischen Zukunftswerkstatt ein. Die Tagung findet am Freitag, 28. Oktober, um 16.30 Uhr im Kulturgut in Ittenbeuren 5 in Ravensburg statt.

Wie der CDU-Kreisvorsitzende und Kreisrat Christian Natterer in einem Ankündigungsschreiben mitteilt, wird die baden-württembergische Ministerin für Landesentwicklung und Bauen Nicole Razavi zunächst ein Impulsreferat halten. Im Anschluss diskutieren Kißleggs Bürgermeister Dieter Krattenmacher und Landtagsabgeordneter August Schuler über die Zukunft der Mobilität, Landtagsabgeordneter Raimund Haser über die Energie- wende in den Kommunen, der ehemalige Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Waldemar Westermayer über das Thema Biosphären-

gebiet, Wolfeggs Bürgermeistermeister Peter Müller über Schulen und Kultur sowie der Sicherheitsexperte Florian Suckel über das Thema Sicherheit in Städten und Gemeinden.

Ministerin Nicole Razavi steht zusammen mit dem Architekten Felix Wurm zum Brennpunktthema Bauen und Wohnen als Gesprächspartner zur Verfügung. Anmeldung ist nicht erforderlich.

# CDU fordert „Sicherheitsausbau“ für B 32

Was der Kreisverband im gefährlichen Abschnitt zwischen Kofeld und A 96 umsetzen will

von Bernd Trefler

**KREIS RAVENSBURG.** Die Bundesstraße 32 gilt vor allem zwischen Kofeld und dem Autobahnanschluss Wangen-West als unfallträchtige Strecke. Deshalb fordert die CDU im Kreis Ravensburg nun in diesem Bereich einen sogenannten „Sicherheitsausbau“.

Was hinter dem politischen Vorstoß steckt und welche Maßnahmen konkret angestoßen werden sollen.

## Wie ist die allgemeine Ausgangslage?

Die Bundesstraße 32 ist die Hauptverkehrsachse zwischen Ravensburg und Wangen. Hauptzubringer für das Schussental zur Autobahn und wichtigste Ost-West-Verbindung im Landkreis. Speziell der B 32-Abschnitt zwischen Kofeld und der A 96-Anschlussstelle Wangen-West ist mit einer Auslastung von rund 16.000 Fahrzeugen täglich (Tendenz: steigend) stellenweise nichts für schwache Nerven, insbesondere zu Zeiten des Berufsverkehrs. Er ist in vielen Bereichen kurvig, unübersichtlich und für eine Bundesstraße vergleichsweise schmal. Außerdem gibt es in dem Streckenabschnitt, in dem fast durchgängig Tempo 100 gilt, diverse Zu- und Abfahrten zu kleinen Orten oder Weilern. Überholen ist schwierig und führt regelmäßig zu gefährlichen Situationen.

Der bislang letzte Vorstoß für mehr Verkehrssicherheit in diesem Bereich der B 32 kam vor einigen Jahren aus den Rathäusern in Amtzell und Bodnegg. Die damaligen Bürgermeister Clemens Moll und Christof Frick drängten in einem Schreiben an das Landesverkehrsministerium auf den dreispurigen Ausbau der Bundesstraße im Bereich Kammersteige, erhielten jedoch eine Absage. Laut Ministerium stiehe ein Ausbau nicht auf der Liste für den vordringlichen Bedarf, zudem sei das für solche Planungen nötige Personal nicht vorhanden, auch

eine Unfallhäufigkeit könne man nicht erkennen.

## Wie sind denn die Unfallzahlen genau?

Nach Angaben des Polizeipräsidiums aus dem vergangenen Jahr krachte es in dem B 32-Abschnitt zwischen Kofeld Kreisell und Amtzell zwischen 2019 und 2021 insgesamt 41 Mal – kleinere Zusammenstöße nicht mitgezählt. Bei den Unfällen wurden 35 Menschen verletzt, vier davon schwer. Hauptursachen waren demnach Verstöße gegen das Rechtsfahrgebot – Autofahrer kamen also auf die Gegenfahrbahn – und zu geringer Abstand. Letzteres ist insbesondere gefährlich, wenn Fahrzeuge abbremsen, um auf abzweigende kleinere Straßen und Wege abzubiegen. Die Polizei konstatierte damals aber lediglich eine „Unfallauffälligkeit“.

Auch zwischen Amtzell und Wangen gab es seinerzeit einige gefährliche Stellen. Zum einen bei der Einmündung zum Gewerbegebiet Geiselharz, die zuvor als Unfallschwerpunkt eingestuft worden war. Seither ist kurz vor dem Tunnel in Fahrtrichtung Wangen nur noch Tempo 60 erlaubt und seitdem ist auch die Zahl der (schweren) Unfälle dort gesunken. Auffällig war damals auch der Abschnitt zwischen Geiselharzer Tunnel und dem Autobahnanschluss, hier zählte die Polizei seinerzeit 26 Unfälle zwischen 2019 und 2021. An der Autobahnanschlussstelle Wangen-West war der Anschlusspunkt Richtung München damals sogar als „Unfallhäufungsstelle“ klassifiziert.

Aktuelle Unfalldaten stellte Christian Natterer nun vor Kurzem bei einem Treff mit Bürgermeistern und CDU-Vertretern an der B 32 bei Amtzell-Korb vor. Laut dem Ravensburger CDU-Kreisverbandschef wären es allein in 2022 insgesamt 36 Unfälle – mit einem Toten, acht Schwer- und 38 Leichtverletzten. Die noch unvollständige Polizeistatistik für das laufende Jahr wies 16 Unfälle mit drei Schwer- und vier Leichtverletzten aus. Dabei ist jedoch beispielsweise der jüngste Unfall mit dem tödlich verunglückten 16-jährigen Motorradfahrer noch gar nicht erfasst. „Ganz unabhängig, wie die Behörden die Situation einstufen, sagt uns doch der gesunde Menschenverstand, dass hier was getan werden muss“, so Natterer.

## Was steckt hinter einem „Sicherheitsausbau“?

Googelt man den Begriff „Sicherheitsausbau“, erhält man als Umschreibung den „Bau von zusätzlichen Fahrspuren, Mittelteilungen oder Fahrbahnerweiterungen auf Autobahnen und Schnellstraßen“. Gebräuchlich

ist der Begriff in Österreich (von der staatlichen Autobahngesellschaft Asfinag), in Deutschland wird er zumindest offiziell nicht verwendet. Dennoch findet Christian Natterer, dass ein „Sicherheitsausbau“ für die B 32 das passende Wort ist, denn: „Eine nachhaltige Erhöhung der Verkehrssicherheit kann nur durch bauliche Maßnahmen erreicht werden.“

Gemeint sind damit beispielsweise Überholstreifen. Hierfür sollen die ursprünglichen Planungen für einen dreispurigen B 32-Ausbau zwischen Amtzell und Bodnegg (Kammersteige) sowie zwischen Geiselharz und Korbach wieder aufgenommen werden. Laut Natterer gibt es hierzu Vorentwürfe, aber auch Vorleistungen der Gemeinde Amtzell bezüglich Lärmschutz und vorhandener Flächen. Eine zentrale, sogar kurz- bis mittelfristig umsetzbare Maßnahme seien Parallelwege für Landwirtschaft und Radfahrer zwischen Korb und dem Eckwald bei Kofeld. Auch hierzu gebe es bereits Planungen, ein Radweg neben der Bundesstraße sei in diesem Abschnitt sogar in der Landesliste des vordringlichen Bedarfs.

Schließlich, als dritte Maßnahme, die Entschärfung von Kreuzungen und kleineren Zufahrten. Als Beispiele nennt die CDU die Einmündung ins Gewerbegebiet Geiselharz-Schauwies (ursprünglich einmal mit einer Rechtsabbiegerspur aus Richtung Wangen kreuzungsfrei geplant), die bauliche Optimierung der Einfahrt Richtung Wallfahrtskirche Pfärrich (Einfädelspur), weitere kleinere Zufahrten sowie die sogenannte kleine Kofelder Kreuzung im Wald, wo eine Kreisstraße und eine Verbindungsstraße abzweigen.

## Wie äußern sich die Bürgermeister zu den Forderungen?

„Für mich ist Sicherheit das A und O“, sagt Patrick Söndgen. Der Bodnegger Bürgermeister sieht diverse gefährliche Einmündun-

gen an der B 32 auf seiner Gemarkung, mit vielen Weilern, deren Bewohner die Bundesstraße queren müssen. Er sieht aber auch die kleine Kofelder Kreuzung, wo man aus einem unübersichtlichen Bereich mit erlaubtem Tempo 100 ankommt und wegen wartenden Linksabbiegern unvermittelt abbremsen muss. Ein weiterer Punkt ist für Söndgen der Lärm, der durch zunehmenden Verkehr und gefährliche Überholmanöver entsteht.

Für Manuela Oswald sind Unfälle und die Sicherheit auf der B 32 omnipotente Themen im Gemeinderat und in der Bürger-schaft. „Ich bin stets dafür, dass sich hier etwas tut“, so die Amtzeller Rathauschefin.

Ein langjähriger Kenner der Materie B 32 ist Hans Roman. Der Amtzeller CDU-Gemeinderat, aufgewachsen an der Kammersteige, kritisiert die unzureichende Breite der Bundesstraße, die heutigen Standards nicht mehr entspreche: „Eine kurze Unaufmerksamkeit, und dann knallt’s.“ Landwirtschaftliche Fahrzeuge würden mangels Alternativen auf der B 32 fahren, Überholen sei auf dieser Strecke generell gefährlich, der Überholdruck teilweise enorm. Auch er plädiert für Parallelwege, die Landwirtschaft, Radfahrer und Fußgänger von der Straße fernhalten.

Einig sind sich Roman und Natterer, dass Temporeduzierungen nur an neuralgischen Punkten Sinn machen (wie aktuell bei Korb oder beim Gewerbegebiet Geiselharz), ein durchgängiges Tempolimit aber wegen des erhöhten Verkehrsaufkommens nicht die Sicherheit erhöhe. „Hohes Tempo ist nicht die Ursache für die allermeisten Unfälle“, sagt Hans Roman. Die Sicherheit werde nur durch bauliche Maßnahmen gesteigert.

## Wie soll es nun weitergehen?

Laut Christian Natterer könnten die geforderten Maßnahmen für mehr Sicherheit auf der B 32 von Land, Regierungspräsidium und Kreis, mit „sogenannten Bord- oder Drittmitteln realisiert“ werden – allerdings nur bei vorhandenen Planungskapazitäten. Über das jüngste Treffen an der Bundesstraße mit Bürgermeistern und CDU-Vertretern der Ortsverbände seien Landrat und RP im Vorfeld informiert worden. „Wir planen nun in einem nächsten Schritt ein Fachgespräch auf Behördenebene, um zu erfahren, welche Grundlagen beispielsweise die Kreispolitik schaffen müsste, um erste Dinge anzustoßen“, so Natterer. Mit diesen Informationen will der CDU-Kreisverbandsvorsitzende „in die politischen Gremien gehen und um Mehrheiten werben“.



An der B32-Einmündung beim Gewerbegebiet Geiselharz gilt mittlerweile Tempo 60. (07/23)



Beim B32-Abzweig Richtung Wallfahrtskirche Pfärrich gilt Tempo 100 – eine Abbiegerspur fehlt. (07/23)



Vor kurzem besichtigte eine CDU-Gruppe an der B 32 die kleine Kofelder Kreuzung. Dort ist laut RP eine Linksabbiegerspur geplant.

ARCHIVFOTO: BLE

## RP erteilt B 32 „Sicherheitsausbau“ Absage

So begründet Chef des Regierungspräsidiums seine Antwort zur Forderung

Von Bernd Treffler

KREIS RAVENSBURG - Weil die B 32 zwischen dem Bereich Kofeld und der A 96 als unfallträchtige Strecke gilt, forderte der CDU-Kreisverband für diesen Streckenabschnitt unlängst einen „Sicherheitsausbau“. Nun hat die dafür zuständige Planungsbehörde reagiert: Auf SZ-Nachfrage erteilte Klaus Tappeser, Präsident des Regierungspräsidiums (RP) Tübingen, Maßnahmen wie dem Bau weiterer Fahrspuren oder Parallelwegen eine Absage.

Es war Ende Juli, als sich Klaus Tappeser in Herfatz über den Stand beim Neubau der dortigen B32-Brücke über die Untere Argen informierte (die SZ berichtete). Und der RP-Präsident hatte gute Nachrichten zu verkünden: Die Arbeiten seien im Zeitplan, das Schwierigste sei überstanden, einer geplanten Verkehrsfreigabe Mitte Dezember stehe nichts im Wege. Worauf er bei seiner kurzen Ansprache verzichtete, aber in einem der SZ zur Verfügung gestellten Redemanuskript vorbereitet hatte, waren Aussagen zum „aktuellen Sachstand der B 32 zwischen Wangen und Ravensburg“. Diese beziehen sich auch

auf die jüngste CDU-Forderung eines „Sicherheitsausbaus“ der Bundesstraße zwischen Kofeld und der A96-Anschlussstelle Wangen-West.

Angesichts der Unfallzahlen auf diesem Streckenabschnitt hatte Christian Natterer dafür plädiert, die ursprünglichen Planungen für einen dreispurigen B32-Ausbau zwischen Amtzell und Bodnegg (Kammersteige) sowie zwischen Geiselharz und Karbach wieder aufzunehmen. Weiter forderte der Chef des Ravensburger CDU-Kreisverbands Parallelwege für Landwirtschaft und Radfahrer zwischen Korb und dem Eckwald bei Kofeld sowie, als dritte Maßnahme, die Entschärfung von Kreuzungen und kleineren Zufahrten. „Eine nachhaltige Erhöhung der Verkehrssicherheit kann nur durch bauliche Maßnahmen erreicht werden“, so Natterer, der darüber nun mit Behörden sprechen, in politische Gremien gehen und um Mehrheiten werben will.

Der politische Vorstoß kam anscheinend auch in Tübingen an, und so war RP-Präsident Tappeser beim jüngsten Ortstermin an der Herfatzter Argenbrücke zumindest vorbereitet. In seinem Manu-

skript nimmt er auf eine „verkehrstechnische Auswertung“ Bezug, nach der es im B32-Abschnitt zwischen Rotheiden und Amtzell-Korb (Kammersteige) keine Unfalhäufungen gibt. Das sei auch schon 2017/18 so gewesen, als Bundesstraßenprojekte stark priorisiert worden seien, um die begrenzten personellen Kapazitäten „gezielt und effizient“ einzusetzen. Auch deshalb sei die Planung für einen B32-Ausbau in diesem Bereich damals eingestellt worden.

Dass sich der Planungsaufwand in den vergangenen Jahren generell gesteigert hat und die personellen Ressourcen hierfür eher noch abnehmen – Stichwort: Fachkräftemangel – erwähnt Tappeser ebenfalls. „Wir haben derzeit in unseren Straßenbauabteilungen zwölf offene Stellen“, so der RP-Präsident zur SZ. Und kündigt dennoch weitere Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit an.

Nachdem 2020 zwei Zufahrten auf Höhe Kammersteig umgebaut und damit die Sichtverhältnisse beim Ein- und Ausfahren verbessert worden seien, plane eine Fachabteilung des Regierungspräsidiums derzeit auch eine An-

derung an der sogenannten kleinen Kofelder Kreuzung. Dort, wo die Kreisstraße 7986 in die Bundesstraße einmündet, soll es laut Tappeser künftig eine Linksabbiegerspur geben.

Außerdem sei neben der Bundesstraße ein Radweg zwischen dem Abzweig der Kreisstraße und dem Kreisel bei Rotheiden geplant. Die Kreuzung hatte seinerzeit auch die Gruppe aus CDU-Vertretern besichtigt, und Bodneggs Bürgermeister Patrick Söndgen darauf hingewiesen, dass Autofahrer aus einem unübersichtlichen Bereich mit erlaubtem Tempo 100 ankommen und wegen wartenden Linksabbiegern unvermittelt abbremsen müssen.

Man werde die Verkehrssicherheit auf der B 32 auch weiterhin im Blick haben, so Klaus Tappeser in seinem Manuskript. Aber: „Eine Aufnahme von Planungen für einen Ausbau der B 32 zwischen Wangen und Ravensburg können wir – angesichts der beschriebenen Situation – auf absehbare Zeit nicht in Aussicht stellen.“ Trotz der Absage an die CDU-Forderung soll es nach der Sommerpause Gespräche mit Natterer & Co. geben.

## CDU freut sich bei B 32 über weitere Unterstützer

Auch drei Oberbürgermeister begrüßen laut Ravensburger Kreisverband dessen Forderung

KREIS RAVENSBURG (bee/sz) - Nachdem das Regierungspräsidium einen geforderten „Sicherheitsausbau“ der B 32 zwischen der Gemarkung Bodnegg und der A 96 abgelehnt hat, will der Ravensburger CDU-Kreisverband für das weitere Vorgehen zunächst die geplanten Gespräche mit der Behörde in Tübingen abwarten. In einer Stellungnahme freut sich Kreischef Christian Natterer zudem über die vom RP angekündigte Entschärfung der kleinen Kofelder Kreuzung und über weitere Unterstützer.

Die Kreis-CDU hatte kürzlich einen „Sicherheitsausbau der unfallträchtigen B 32 auf bestimmten Abschnitten zwischen Wangen und Ravensburg“ gefordert (die SZ berichtete). Gemeint sind der Bau von Überholstreifen zwischen Amtzell und Bodnegg im Bereich der Kammersteige sowie zwischen Geiselharz und der A 96 bei Karbach, dazu parallele Wege



Eine CDU-Gruppe hatte unlängst an der B 32 die kleine Kofelder Kreuzung besichtigt, die laut RP entschärft werden soll.

ARCHIVFOTO: BEE

für Landwirtschaft und Radfahrer sowie die bauliche Entschärfung bestimmter Einfahrten und Kreuzungspunkte. Beim letzten Punkt, konkret die vom RP angekündigte Entschärfung der klei-

nen Kofelder Kreuzung sowie der Bau eines Radwegs im dortigen Bereich, sei schon Bewegung in die Sache gekommen, sagt Christian Natterer. „Dies begrüßen wir ausdrücklich“, so der CDU-Krei-

schef und der Bodnegger Bürgermeister Patrick Söndgen.

Laut Stellungnahme freut sich Natterer darüber, dass weitere Rathauschefs im Landkreis die Forderung der CDU nach einem „Sicherheitsausbau“ der B 32 unterstützen würden. Neben Manuela Oswald (Amtzell) und Patrick Söndgen (Bodnegg) seien dies nun auch die Oberbürgermeister von Ravensburg, Wangen und Weingarten, Daniel Rapp, Michael Lang und Clemens Moll.

Es gehe auch um ein Gesamtkonzept, das Oberzentrum Ravensburg/Weingarten und das westliche Allgäu sicherer miteinander zu verbinden. In Sachen geplanter Gespräche über einen „Sicherheitsausbau“ mit dem RP sei man bereits mit Regierungspräsident Klaus Tappeser im Austausch, so Natterer weiter. Nach der Sommerpause soll es dazu einen Termin geben.

## In den „Sicherheitsausbau“ der B32 kommt Bewegung

Für mehr Sicherheit im Bereich Amtzell-Bodnegg sollen Planungsgespräche Anfang 2024 starten – Um was es konkret geht

KREIS RAVENSBURG (bee/sz) - In den von der Kreis-CDU geforderten „Sicherheitsausbau“ der B32 zwischen Wangen und Ravensburg, konkret im Abschnitt Amtzell-Bodnegg, kommt Bewegung. Nach einem Austausch mit Regierungspräsidium, Abgeordneten und betroffenen Bürgermeistern habe es bei dem Thema Fortschritte gegeben, teilt der Kreisverband mit. Als Erstes soll es um mehr Verkehrssicherheit bei Einmündungen und Zufahrten gehen.

Wegen hoher Unfallzahlen hatte die CDU im Kreis Ravensburg vor einigen Monaten einen so genannten Sicherheitsausbau der B 32 zwischen Bodnegg, Amtzell und Wangen gefordert. Konkret den abschnittsweisen dreispurigen Ausbau der Bundesstraße, die Entschärfung von Zufahrten durch Abbiegespuren und Kreuzungsfreiheit sowie den Bau durchgehend paralleler Rad- und Landwirtschaftswege, vor allem im Bereich der Kammersteige. Auch die Oberbürgermeister von Ravensburg, Wangen und Weingarten schlossen sich der Forderung an, so die Kreis-CDU in ihrer jüngsten Mitteilung.

Demnach habe es vor Kurzem zu dem Thema eine Videokonferenz gegeben, an welcher der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer, die Bürgermeister Ma-



Im Sommer hatte eine CDU-Gruppe samt Bürgermeister auch die kleine Kofelder Kreuzung an der B 32 besucht. Dort laufen die Planungen für eine Linksabbiegespur weiter.

ARCHIVFOTO: BEE

nuela Oswald (Amtzell) und Patrick Söndgen (Bodnegg), Regierungspräsident Klaus Tappeser, der Leiter der RP-Straßenbauabteilung Rainer Hölz sowie die drei CDU-Abgeordneten Axel Müller (MdB) sowie August Schuler (MdL) und Raimund Haser (MdL) teilnahmen.

Laut Natterer sei dabei mit den Behörden vereinbart worden, dass „das Regierungspräsidium Tübingen das Ziel in den nächsten Jahren verfolgt, an der B 32

zwischen Rotheiden und Korb weitere Zufahrten und Einmündungen baulich zu verbessern“. Gleichzeitig sollen in dem Streckenabschnitt „die Bushaltestellen in Abstimmung mit dem Landkreis bewertet, baulich verbessert und deren Standorte möglicherweise angepasst“ werden. Um die Verkehrssicherheit in dem Bereich weiter zu steigern, werde sich das RP „zur Abstimmung der Planungen in Bälde mit den Gemeinden Amtzell

und Bodnegg in Verbindung setzen“. Diese Abstimmung mit den Gemeinden „Anfang des kommenden Jahres“ bestätigt das Regierungspräsidium auf SZ-Nachfrage ebenso wie die geplante „Einrichtung einer Linksabbiegespur zur K 7986 (kleine Kofelder Kreuzung) nordwestlich von Rotheiden auf der B 32“. Auch bei den insgesamt fünf Bushaltestellen zwischen Kofeld und Korb sollen zusammen mit den Kommunen Verbesserungen geprüft wer-

den. So sehe die Planung des Radwegs zwischen dem Abzweig der Kreisstraße 7986 und dem Kreisel bei Rotheiden bereits einen barrierefreien Umbau der vorhandenen Busbuchten „Grünkraut, Abzweig Kofeld“ vor.

Das Radwegeprojekt selbst ist laut RP Teil des neu aufgelegten Bedarfsplans für Radwege an Bundes- und Landesstraßen und befinde sich derzeit in Planung. „Um die Maßnahme umzusetzen, ist noch der Erwerb von Grundstücken erforderlich. Das Regierungspräsidium befindet sich diesbezüglich aktuell in Verhandlungen“, heißt es weiter.

Das „vorliegende Entgegenkommen der Behörden in Tübingen“ bewertet CDU-Kreischef Natterer als „großen Erfolg“ und „ersten wichtigen Schritt für mehr Verkehrssicherheit entlang der B 32“. Die beiden Bürgermeister Oswald und Söndgen wollen demnach „von kommunaler Seite alles Nötige in die Wege leiten, um das Projekt zügig voranzutreiben“. Um die Radwegelücke entlang der Amtzeller Kammersteige an der B 32 zügig zu schließen, habe die CDU in der letzten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Mobilität vom Kreis gefordert, „die künftigen Radwegeplanungen vorzulegen und möglichst bald in Angriff zu nehmen“, heißt es abschließend.

## E) Bezirksparteitag in Wangen 16. Oktober 2024 jeweils in allen vier Ausgaben der Schwäbische Zeitung

SZ vom 12.10.2023

### CDU hält Bezirksparteitag im Kreis ab

KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern hält seinen diesjährigen Bezirksparteitag im Kreis Ravensburg in Wangen ab. Am Samstag, 14. Oktober, von 10 bis 16 Uhr versammeln sich etwa 160 Delegierte sowie weitere Gäste aus den acht CDU-Kreisverbänden des Regierungsbezirks Tübingen in der Wangener Stadthalle.

Laut Pressemitteilung stehen unter anderem die Wahlen des kompletten Bezirksvorstandes an. Der Bundestagsabgeordnete und CDU-Bezirksvorsitzende Thomas Bareiß kandidiert erneut.

Wie der Ravensburger CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer mitteilt, wird inhaltlich das Thema „Migration und Zuwanderung – wie kann Begrenzung und Steuerung funktionieren“ im Vordergrund stehen. Referenten sind Heiko Tegatz, Bundesvorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, und der Bundestagsabgeordnete Alexander Throm, Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Aufgrund des Überfalls auf den Staat Israel will die CDU den Parteitag nutzen, um ein Zeichen der Solidarität und Unterstützung zu senden. Hierfür wurde kurzfristig ein Redner eingeladen. Gespannt werde die erste Rede des Kandidaten für den Parteivorsitz der CDU Baden-Württemberg, Landtagsabgeordneter Manuel Hagel, erwartet.

SZ vom 17.10.2024

## Norbert Lins wird im Amt bestätigt

Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern in Wangen

KREIS RAVENSBURG - Beim jüngsten Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern in Wangen ist der komplette Bezirksvorstand neu gewählt worden. Dabei wurde der amtierende Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Zollernalb/Sigmaringen, Thomas Bareiß, in seinem Amt bestätigt. Dies teilt der CDU Kreisverband Ravensburg mit.

Der Kreisverband Ravensburg als Ausrichter des Bezirksparteitags konnte über 150 Teilnehmer in der Wangener Stadthalle begrüßen. Vom Ablauf her bewertete der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer den Bezirksparteitag im eigenen Landkreis als „vollen Erfolg“. Inhaltlich stand das Thema Steuerung und Begrenzung der Migration im Vordergrund. Dazu sprachen der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Heiko Tegatz, und der renommierte CDU-Innenpolitiker Alexander Throm.

Grundsätzlich unterstützt die CDU demnach die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände zur Begrenzung der Migration, den Umstieg von Sach- auf Geldleistungen für Geflüchtete sowie die Einführung stationierter Grenzkontrollen Richtung



Freuen sich über einen gelungenen CDU-Bezirksparteitag in Wangen im Allgäu (von links): der CDU-Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß, der Europaabgeordnete und stellvertretende CDU-Bezirksvorsitzende Norbert Lins sowie der Vorsitzende des Ravensburger CDU-Kreisverbands Christian Natterer.

FOTO: CHRISTOPH JÖTKE

Schweiz, Polen und Tschechien. Die Spitzenredner an diesem Tag waren zunächst der Publizist Michel Friedman zur Lage im Nahen Osten (die SZ berichtete) sowie der Kandidat für den CDU-Landesvorsitz, Manuel Hagel. Beide Redner wurden für ihre Worte von den Delegierten mit Standing Ovations bedacht.

Bei den weiteren Vorstandswahlen konnten sich die Kandidaten des CDU-Kreisverbandes Ravensburg klar durchsetzen. Der Spitzenkandidat der CDU zur Europawahl 2024, der Horgenzeller Europaabgeordnete Norbert Lins, wurde mit dem besten Ergebnis als stellvertretender Bezirksvorsitzender bestätigt. Als Mitgliederreferent wurde Maximilian Klingele aus Bad Waldsee bestätigt. Zu den Beisitzern wurden der Ravensburger Landtagsabgeordnete August Schuler und der Leutkircher Fridolin Scheerer gewählt. Der Wangener CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer wurde erneut in den CDU-Bundesausschuss gewählt. Er ist damit neben dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Manuel Hagel, einer von zwei Vertretern aus Südwürttemberg im Bundesausschuss, heißt es in der Mitteilung.

# „Israel hat ein Recht darauf, sich zu verteidigen“

Michel Friedman bezieht beim CDU-Bezirksparteitag in Wangen Stellung zum Angriff der Hamas auf Israel

Von Vera Striller

WANGEN - Er war am Samstag kurzfristig in die Stadthalle nach Wangen gekommen, um über den Angriffskrieg der Hamas gegen Israel zu sprechen: Michel Friedman, promovierter Jurist und Philosoph, der sich als politischer Fernsehmoderator und Publizist einen Namen gemacht hat.

Man hätte die berühmte Stecknadel fallen hören können, als Michel Friedmann ans Rednerpult trat. Thomas Bareiß, von den Delegierten des Bezirksparteitages wieder gewählter Vorsitzender, hatte zuvor den barbarischen Angriff auf die israelische Zivilbevölkerung durch die sogenannte „Bewegung des Islamischen Widerstands“ vor Augen geführt und sich „sprachlos, aber nicht tatenlos“ gezeigt. Womit er ein entschiedenes Nein den „Anti-Israel-Demonstrationen“ entgegengesetzte und forderte: „Wir können und wollen diese Proteste nicht mehr dulden!“

Von Michel Friedman wurde zunächst ein Bild von der „unglaublichen Steigerung an Verrohung auch in unserer Gesellschaft“ gezeichnet. Wie selbstverständlich greife der Menschenhass um sich und mache sich wie eine „vergiftete Infusion“ in den Adern in Europa, aber auch in Amerika breit. „Was Demokratie sein will, das zerbröckelt direkt vor unseren Augen“, glaubte Friedman und stellte das vage „Ich glaube“ oder „Ich mei-



Hier stellt sich Michel Friedman (Dritter von links) zusammen mit (von links) Käse Königin Feicitas Graf, Thomas Bareiß, Michael Lang, Christian Natterer und Brautviehkönigin Isabell Allmendinger den Fotografen.

FOTO: ROLF SCHULTES

ne“ dem klaren „Ich weiß“ gegenüber. Aber nur wer tatsächlich wisse, der könne auch streiten, sagte der Redner und erklärte: „Die, die die Demokratie zerstören wollen, sind zahlenmäßig in der Minderheit, die sie verteidigen, in der Mehrheit.“ Doch wie käme es dann, so die Frage Friedmans an die Zuhörer, dass genau die letztgenannte Gruppe „leiser, schüchterner und unentschlüssener agiert“? Und wörtlich fügte er an: „Dabei möchte doch eigentlich jeder frei und in unantastbarer Würde leben.“

Die Demokratie ist, laut dem 1956 in Paris geborenen Mann, dessen Eltern von Oskar Schindler vor dem Konzentrationslager gerettet wurden, „die einzige, die die Menschen glücklich macht“. Die Politik habe das Mandat, „ein gutes, ein besseres Leben zu ermöglichen“. Dann war Friedman bei der AfD und seiner Verwunderung angelangt, „wie man über deren Wahlerfolge überrascht sein kann“. Keiner könne mehr den Satz „Wehret den Anfängen“ auf den Lippen tragen, denn: „Wir sind schon mittendrin!“ Der An-

griff der Hamas auf das zivile Israel müsse uns lehren: „Wenn überhaupt, dann sollen Soldaten ausschließlich Soldaten angreifen. Frauen und Männer, Kinder und Babys dürfen nie das Ziel sein.“

Jenen verbreiteten Äußerungen, die darauf hinwiesen, dass man auch an die Palästinenser denken müsse, widersprach Friedman mit dem Hinweis darauf, dass Israel „das einzige demokratische Land im Nahen Osten ist“. Jeden Samstag demonstrierten hier bis zu 250.000 Menschen gegen Rechts, sagte er und

fügte an: „Ich wäre schon froh, wenn in Deutschland 10.000 Leute gegen den Hass auf die Straße gingen.“

Mit „Er hat die Zerstörung Israels im Blick“ war Friedman wieder bei der Hamas und nun auch beim Iran angelangt, der sich an dessen Aufrüstung und Stabilisierung sowie der Hisbollah im Libanon beteilige. Iran und Kuwait seien die größten Sponsoren für den Terror, der vom Islam nicht aber von den Moslems – ausginge, verdeutlichte der Ausführende.

Eine weitere Frage, die nach dem Recht Israels, sich zu verteidigen zu dürfen, wurde von Michel Friedman mit einem überdeutlichen „Ja!“ beantwortet. Um sich in diesem Zusammenhang an die „Besserwisser“ zu wenden, die selber nicht angegriffen würden und sich deshalb zurückhalten sollten, „wenn andere Staaten sich wehren müssen“. Und überhaupt: Wenn es um Moral ginge, so der Publizist, hielte die Politik leider nicht lange stand. Nein, es ginge ausschließlich um Interessen. Und er nannte mit dem „billigen Öl“ ein Beispiel. Wobei er veranschaulichte: „Sich abhängig zu machen, das gehört zu den historischen Fehlern!“

Michel Friedman fasste das zuvor Gesagte noch einmal zusammen und stellte Vergleiche an: „Es war ein unmenschlicher Angriff auf Israel, eine Kriegserklärung, in der eine neue Dimension von Menschenverachtung zu sehen war. Die zeigte Gewaltspirale war jene, wie wir sie aus dem Ukraine-Krieg kennen.“ Die Hamas, so der Gast des CDU-Bezirksparteitages in Wangen abschließend, sei stolz darauf, „dass sie Barbaren sind“ und erklärten selbst, „dass sie die Existenz des Staates Israel zerstören und an seiner Stelle einen islamistischen Scharia-Staat errichten wollen“.

An die Menschen im Saal der Stadthalle gerichtet sagte Michel Friedman mit Blick auf die Gerüchte über den Judenhass: „Wir, Sie und ich, sind für das Recht zuständig!“

## F) Kreisparteitag in Bad Waldsee-Mennisweiler am 17.09.2021

Schwäbische Zeitung vom 14.09.2021

### CDU hält öffentlichen Kreisparteitag in Bad Waldsee ab

KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg lädt am Freitag, 17. September, um 19 Uhr zum Kreisparteitag in die Halle der Firma Neyer-Landtechnik in der Roßberger Straße 50 in Bad Waldsee-Mennisweiler ein. Außerdem soll die Veranstaltung unter dem Motto „200 Stunden vor Öffnung der Wahllokale“ als Endspurauftakt zur Bundestagswahl genutzt werden, wie die Christdemokraten mitteilen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Wahlen des gesamten CDU-Kreisvorstandes sowie der Delegierten zum CDU-Bundes-, Landes- und Bezirksparteitag. Der amtierende Kreisvorsitzende Christian Natterer bewirbt sich um eine weitere Amtszeit. Außerdem werden unter anderem die örtlichen CDU-Abgeordneten mit kurzen Redebeiträgen zur Bundestagswahl zu den Besuchern sprechen. Zudem ist die Verabschiedung ausgeschiedener Ortsvorsitzender und Vorstandsmitglieder sowie die Begrüßung von Neumitgliedern geplant. Für den Parteitag gelten die 3G-Regeln. Besucher müssen vor Einlass ihren Impf- oder Genesenenausweis beziehungsweise ein negatives Testergebnis vorlegen, teilt die Kreis-CDU mit. Der Parteitag ist öffentlich.

Schwäbische Zeitung vom 20.09.2021

### Blitzlicht auf die „scheinbar heile CDU-Welt“

Beim Kreisparteitag in Mennisweiler wird Christian Natterer mit 94 Prozent wiedergewählt

Von Wolfgang Heyer

BAD WALDSEE (hey) - Mit 94 Prozent der Stimmen ist Christian Natterer erneut zum Vorsitzenden der CDU im Landkreis Ravensburg gewählt worden. Damit konnte er sein Ergebnis aus dem Jahr 2018, als sich 84 Prozent der Mitglieder für den Wangener aussprachen, deutlich steigern. Bei den Christdemokraten herrscht also eitel Sonnenschein? Mitnichten. Die „scheinbar heile CDU-Welt“, wie es er Kreisvorsitzende selbst nannte, bringt Herausforderungen für die Zukunft mit sich, wie beim Kreisparteitag in der Halle der Firma Neyer-Landtechnik am Freitag in Mennisweiler blitzlichtartig aufflackerte.

Mit einem Lächeln und in sich geballten Fäusten gen Himmel reckend, quitierte Natterer seine Wiederwahl. Von 150 stimmberechtigten Mitgliedern setzten 140 ihr Kreuz bei dem 40-Jährigen, der zuvor auf zukünftige Ziele der Kreis-CDU einging. „Machen wir uns nichts vor. Alleine aus demografischen Gründen heraus wird unsere Mitgliederentwicklung nicht einfacher werden“, sagte Natterer. Das war Blitzlicht Nummer 1. Schließlich sind die CDU-Mitgliederzahlen im Kreisverband im Laufe der Jahre deutlich abgefallen: Waren es 2015 noch rund 3000 Mitglieder, sind es aktuell nur noch 2400. 20 Prozent der Mitglieder haben der Kreis-CDU in den vergangenen sechs Jahren also den Rücken gekehrt. Die Gründe hierfür sind vielfältig, wie Natterer berichtete: Einerseits seien etliche Mitglieder altersbedingt gestorben. Alleine seit Februar 2018 hat es in den CDU-Reihen 175 Todesfälle gegeben. Im gleichen Zeitraum gab es gleichwohl 149 Eintritte.

Die Zahlen müssen daher auch vor dem Hintergrund gesehen werden, „dass wir in den Jahren 2008, 2012, 2015 und 2016 vier strittige Nominierungen um das Bundestagsmandat und das Landtagsmandat hatten“, erklärte Natterer der „Schwäbischen Zeitung“ und weiter: „Dort sind hunderte von Mitglieder



Christian Natterer ist der alte und neue Kreisverbandsvorsitzende.

FOTO: WOLFGANG HEYER

über Nacht eingetreten, um ihren Kandidaten zu unterstützen, aber im Laufe der Jahre sind auch viele davon wieder ausgetreten.“

Außerdem berichtete Natterer der SZ, dass es „über die Jahre auch immer Austritte aufgrund politischer Entwicklungen oder innerparteilicher Diskussionen“, wie beispielsweise beim Parteivorsitz oder der Kanzler-Frage gekommen ist. Mehr als 100 Mitglieder verließen die CDU in den vergangenen 3,5 Jahren deswegen. Weitere 213 Mitglieder sind ohne Angabe von Gründen ausgetreten, so Natterer.

Waldemar Westermayer, der gemeinsam mit Raimund Haser und Tina Schädlér, zum Stellvertreter ge-

wählt wurde, habe in Gesprächen mit Nicht-CDUlern erfahren, dass sie Verbundenheit und Glaubwürdigkeit bei der CDU vermissen würden. „Da müssen wir ein ganz großes Stück besser werden“. Das war Blitzlicht Nummer 2.

Die Christdemokraten möchten jedenfalls in Zukunft neue und vor allem junge Mitglieder gewinnen. „Sie sind unsere Zukunft und werden das Gesicht der CDU in den kommenden Jahrzehnten prägen“, sagte Natterer. Es wurde am Abend mehrmals deutlich, dass der Kreisverband jünger und weiblicher werden möchte. Passend hierzu Blitzlicht Nummer 3: Auf der Bühne saßen ausschließlich Männer – über 40. Dass

es bereits Nachwuchs in den eigenen Reihen gibt, bewies der 19-Jährige Joshua Bernhart, der mit 153 von möglichen 153 Stimmen zum Interimsvorsitzenden gewählt wurde. Außerdem entschied sich der Parteitag für Christoph Müller (Schatzmeister), Maximilian Lämmle (Schriftführer), Christoph Lüdtké (Presse Sprecher) und Christoph Sitta (Mitgliederbeauftragter). Beisitzer sind Katharina Beyersdorff, Philipp Bürkle, Armin Fehr, Franziska Heine, Rosi Geyer-Fäßler, Maximilian Klingele, Nobert Lins, Sabine Merk, Friedrich Rockhoff, Markus Posch, Frank Schraudolf, Johannes Sontheim, Achim Strobel, Sonja Wild und Emi-na Wiest-Salkanovic.

Hausherr Christoph Neyer wünschte der CDU Mut zum Wandel und zur Veränderung. Der Kreisverband und seine Mitglieder versprachen an diesem Abend gleichwohl viel Energie und präsentierten sich schlagfertig; so wie die Kommentare von Versammlungsleiter Roland Bürkle, der auf die Bemerkung hin routiniert entgegnete: „Die CDU war in den letzten 50 Jahren anpassungsfähig und wird es in den nächsten 50 Jahren sein.“

Im nächsten Jahr möchte Natterer übrigens einen kommunalen Kongress mit allen amtierenden kommunalen Mandatsträgern einberufen, um den inhaltlichen Fokus stärker auf die Kreispolitik zu legen.

## G) Kreisparteitag in Ravensburg-Eschach am 17.03.2023

Schwäbische Zeitung vom 17.03.2023

### CDU lädt zum Kreisparteitag mit dem Thema Europa

RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg lädt seine Mitglieder und interessierte Bürger zu seinem nächsten öffentlichen Kreisparteitag und zur Kreismitgliederversammlung ein. Die Veranstaltung ist am Freitag, 17. März, 19 Uhr, in der Eschach-Halle, Kirchweg 36 in Ravensburg-Eschach. Auf dem Programm stehen unter anderem die Wahlen der Delegierten zum CDU-Bundes-, Landes- und Bezirksparteitag sowie die Wahlen der Delegierten zur Landes- und Bezirksvertreterversammlung zur Nominierung der CDU-Europakandidaten. Der CDU-Europaabgeordnete für Südwürttemberg und Vorsitzende des Agrarausschusses des EU-Parlaments, Norbert Lins, spricht zum Thema „Ukraine-Krieg, Energieknappheit, weltweit steigende Inflation – wie meistert Europa die globalen Herausforderungen?“. Zudem wird der CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Müller über Aktuelles zur Wahlrechtsreform berichten.

Schwäbische Zeitung vom 01.04.2023

### CDU ist „in der Oppositionsrolle angekommen“

CDU-Kreisparteitag in Eschach – CDU bereitet sich auf Europawahlen 2024 vor

KREIS RAVENSBURG (sz) - Knapp 140 Mitglieder und Gäste des CDU-Kreisverbands Ravensburg haben laut einer Pressemitteilung an der Kreismitgliederversammlung zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Bezirks- und Landesvertreterversammlung zur Europawahl 2024 in der Eschach-Halle in Ravensburg teilgenommen. Im Anschluss fand ein Kreisparteitag mit Delegiertenwahlen statt. CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer ließ keine Zweifel an der aus seiner Sicht prekären bundes- und weltpolitischen Lage und sparte auch nicht mit Selbstkritik.

„Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar letzten Jahres war nicht nur eine Zäsur unserer europäischen Friedensordnung über viele Jahrzehnte. Die Folgen des Krieges zeigten auch in eklatanter Weise die Schwächen und Versäumnisse deutscher Innenpolitik der vergangenen Jahre auf: Mangelnde Verteidigungsfähigkeit, Energieabhängigkeit, fehlende Ordnung beim Thema Migration sowie eine bereits vor dem Inflationschock stark belastete Mittelschicht in Deutschland“, sagte Natterer laut der Mitteilung. Hier müsse vor allem die aktuelle Ampelkoalition in Berlin ihre Haus-



Die Führungsmannschaft der Kreis-CDU beim Kreisparteitag: Christoph Sitta, Antje Rommelspacher, August Schuler, Tina Schädler, Norbert Lins, Raimund Haser, Axel Müller und Christian Natterer.

FOTO: CDU

aufgaben machen. CDU und CSU seien in ihrer Oppositionsrolle angekommen und bereit, überall dort Druck zu machen, wo es nötig sei.

Die weltpolitische Situation seit Beginn des Angriffskriegs Russlands sowie die daraus resultierenden Herausforderungen

bildeten auch den Schwerpunkt der europapolitischen Grundsatzrede des Europa-Abgeordneten Norbert Lins, der unlängst seine erneute Kandidatur für das Europäische Parlament im nächsten Jahr angekündigt hatte: „Wir sind seit dem 24. Februar 2022 auf dem Weg in eine neue

Weltordnung“ stellte Lins fest. Entscheidend sei vor diesem Hintergrund die Frage, welche Rolle Europa hierbei künftig spielen könne. Dies hänge vor allem davon ab, in welchem Umfang sich demokratische Werte nach westlichem Vorbild auch weiterhin durchsetzen könnten gegenüber der Vielzahl an Diktaturen weltweit. Auch stünde die reale Gefahr im Raum, daß Europa „zerrieben werde“ im Spannungsfeld der großen Machtblöcke.

Auch für Europa stelle sich nun die Frage, ob man „wehrhaft genug“ sei, um langfristig politisch unabhängig und wirtschaftlich autark zu bleiben. Um sich aus den Abhängigkeiten zu befreien, müssten die erneuerbare Energien in ganz Europa schnellstmöglich ausgebaut werden. Auch in Deutschland sei hier noch Nachholbedarf. Lins nannte als Schlüssel dazu die „Technologieoffenheit“.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Müller berichtete über die aktuellen Planungen zur Wahlrechtsreform und kündigte an, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen das Vorhaben der Ampelkoalition klagen werde. Ein Wegfall der Grundmandatsklausel sei mit der Union nicht zu machen, so Müller.

## H) Weitere Berichterstattung von Bezirks- und Landesparteitagen

SZ vom 05.11.2021

### CDU-Kreisverband erfolgreich beim Bezirksparteitag

RAVENSBURG (sz) - Der Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern vor Kurzem in Lichtenstein (Kreis Reutlingen) war aus Sicht des Kreisverbands Ravensburg ein Erfolg, heißt es in einer Pressemitteilung der Kreis-CDU.

Denn im Rahmen der turnusgemäß stattfindenden Neuwahlen des Vorstands wurde der Horgenzeller Europaabgeordnete Norbert Lins mit 90,7 Prozent der abgegebenen gültigen Delegiertenstimmen als stellvertretender CDU-Bezirksvorsitzender bestätigt.

Zuvor war der Meßstettener Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß mit 74,4 Prozent der Stimmen als Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes wiedergewählt worden. Neu im Bezirksvorstand ist laut Mitteilung der Bad Waldseer Stadtverbandsvorsitzende Maximilian Klingele, der das wichtige Amt des Mitgliederbeauftragten übernahm. Wiedergewählt wurde auch der Ravensburger Landtagsabgeordnete August Schuler als Beisitzer im Bezirksvorstand. Der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer wurde als Mitglied des CDU-Bundesausschusses bestätigt.

SZ vom 15.11.2021

### Bürkle und Haser wieder im CDU-Landesvorstand

KREIS RAVENSBURG (sz/sts) - Beim CDU-Landesparteitag in Mannheim ist Stefanie Bürkle, die aus Bad Wurzach stammende Sigmaringer Landrätin, zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden. „Zum ersten mal überhaupt“ komme damit eine Stellvertreterin im Vorstand der Landespartei aus dem CDU-Kreisverband Ravensburg, freut sich der Kreisvorsitzende Christian Natterer in einer Pressemitteilung.

Bürkle wurde am Samstag demnach mit dem besten Ergebnis von 90,6 Prozent als eine von drei Stellvertretern von Landeschef Thomas Strobl gewählt, schon bisher gehörte sie dem CDU-Landespräsidium an.

Bei den Beisitzerwahlen wurde der Wangener Landtagsabgeordnete Raimund Haser erneut in den CDU-Landesvorstand gewählt, „womit das Allgäu dort ebenfalls gut vertreten ist“, erklärt Natterer weiter.

Darüber hinaus seien Anträge des Kreisverbandes Ravensburg von den Delegierten allesamt positiv beschieden worden, unter anderem, dass bei Bürgermeisterwahlen mit nur einem Bewerber auf die Nein-Stimme verzichtet werden soll. „In weiteren Anträgen ging es um die Systemumstellung beim Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetz sowie um die konsequente Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans auch unter einer neuen Bundesregierung“, führt Natterer weiter aus, der den Parteitag als „rundum erfolgreich für die CDU im Kreis Ravensburg“ zusammenfasst.

Schwäbische Zeitung vom 20.04.2023

### Kandidat für Spitzenplatz auf Landesliste

CDU Württemberg-Hohenzollern nominiert Norbert Lins fast einstimmig zur Europawahl



Kandidiert auch 2024 fürs Europaparlament: Norbert Lins (CDU). FOTO: TOM BILGER/EUROPARÄDIO

SIGMARINGEN (sz) - Die CDU Württemberg-Hohenzollern hat am vergangenen Wochenende bei ihrer Bezirksvertreterversammlung in Sigmaringen den Europaabgeordneten Norbert Lins erneut als Kandidaten für den Spitzenplatz des CDU-Bezirksverbands auf der Landesliste zur Europawahl 2024 nominiert. Laut CDU-Mitteilung erhielt Lins 100 von 101 gültigen Delegiertenstimmen und damit das beste Ergebnis aller bislang im Europaparlament vertretenen CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg.

Der 45-jährige Horgenzeller ist seit mehr als acht Jahren Mitglied

des Europäischen Parlaments und seit Juli 2019 Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. „Die EU-Agrarpolitik stellt seit geraumer Zeit auch die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe immer mehr in den Fokus. Ich kann ohne Übertreibung feststellen, dass ich hierzu in den vergangenen Jahren meinen Teil beigetragen habe“, sagte der Vater von vier Kindern während seiner Vorstellungsrede.

„Lins gehört als Vorsitzender des mächtigen EU-Agrarausschusses zu den fünf Prozent der wichtigsten Politiker in Brüssel und re-

präsentiert mit dem Thema Landwirtschaft ein Schwerpunktthema für unsere ländliche Raumschaft“, so der Ravensburger CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer. „Wir werden mit Norbert Lins an unserer Spitze auch bei den Europawahlen im nächsten Jahr erfolgreich sein“, gab sich Natterer sicher. Die endgültige Nominierung der Landesliste der CDU Baden-Württemberg zur Europawahl 2024 findet am 13. Mai in Leinfelden-Echterdingen statt. Traditionell werden dort die Vorschlagslisten der Bezirksverbände unverändert übernommen, wie die CDU abschließend mitteilt.

Schwäbische Zeitung vom 22.11.2023

### Haser und Lins sind im CDU-Landesvorstand

Sie wurden beim jüngsten Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Reutlingen gewählt

KREIS RAVENSBURG - Beim jüngsten Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Reutlingen wurde nicht nur Manuel Hagel zum neuen CDU-Landesvorsitzenden gewählt. Auch Vertreter der CDU im Kreis Ravensburg, die mit 14 Delegierten beim Parteitag dabei war, wurden in den Vorstand gewählt. Das teilt der Ravensburger CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer mit.

Der Allgäuer CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser aus Immenried und der aus Horgenzell stammende Spitzenkandidat der CDU-Südwestfalen zur Europawahl Norbert Lins, Mitglied des Europäischen Parlaments, wurden demnach als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt. Haser gehörte dem Gremium bereits an. Lins kam nach einer Pause erneut dazu.



Norbert Lins (links) und Raimund Haser wurden in den CDU-Landesvorstand gewählt. FOTOS: CDU/BÖTTCHER

# Für Müller stand alles auf dem Spiel

Vielen Umfragen zum Trotz holt der Christdemokrat wieder die meisten Erststimmen im Wahlkreis Ravensburg

Von Annette Vincenz

RAVENSBURG - Axel Müller ist erleichtert. Der 58-jährige Jurist aus Weingarten hat es nun doch noch einmal geschafft, das Direktmandat für die CDU im Wahlkreis Ravensburg zu holen. Und das, obwohl er in fast allen Umfragen der vergangenen Wochen hinter seiner Herausforderin Agnieszka Brugger von den Grünen lag. Anders als die 36-jährige Grünen-Politikerin aus Ravensburg war er auch nicht über die Landesliste seiner Partei abgesichert, wäre also aus dem Parlament herausgefallen. Die „Schwäbische Zeitung“ hat am Sonntagabend mit beiden Abgeordneten gesprochen.

Auf die Frage, wie er sich fühle, antwortet Müller ehrlich: „erschöpft. Es stand für mich ja wirklich sehr, sehr viel auf dem Spiel.“ Aber ein Platz auf der Landesliste hätte ihm bei dem insgesamt schlechten Wahlergebnis der CDU ja auch nichts genutzt, folglich musste er um das Direktmandat kämpfen, das er

mit 30,56 Prozent gegen Brugger mit 21,07 Prozent verteidigt hat. Warum wurde er allen Umfragen zum Trotz nicht abgewählt? „Weil ich bei den Menschen war und für sie da bin“, meint der Weingartener, der als wenig charismatisch, aber sehr fleißig gilt. Im Unterschied zur Bundestagswahl vor vier Jahren sei er diesmal relativ bekannt im Wahlkreis gewesen, auch das könne ihm geholfen haben, wie er meint, „auch wenn ich im Vergleich fünf Prozentpunkte verloren habe“. Als seine größten Erfolge in der vergangenen Legislaturperiode wertet er den begonnenen Breitbandausbau im Wahlkreis und verspricht, dass es dort in weiteren vier Jahren keine Orte ohne schnelles Internet mehr geben werde. Auch bei verschiedenen Verkehrsprojekten habe er „noch eine Schippe draufgelegt“, etwa bei der Planung des Mollidietunnels in Ravensburg. Die nächsten wichtigen Projekte seien die Ortsumfahrung der B30 in Gaisbeuren und Enzisreute (Bad Waldsee) und die Bahnunterführung in

Wangen.

Aber wie erklärt er sich das historisch schlechte Wahlergebnis seiner Partei in Deutschland? „Offen gesagt, habe ich damit gerechnet. Ich wusste nur nicht, wie stark mich der Strudel in den Abgrund mitreißt und ob ich mich über Wasser halten kann“, sagt der Abgeordnete, der keinen großen Hehl daraus macht, dass er Markus Söder für den besseren Kanzlerkandidaten gehalten hätte. „Zumindest in Süddeutschland wäre er besser zu vermitteln gewesen.“ Die Wahlkampfkampagne der CDU sei einfach schlecht gewesen, die Union durch zu lange parteiinterne Querelen gelähmt, Armin Laschet als Kanzlerkandidat kaum zu vermitteln. „Ob es an ihm selbst liegt, kann ich gar nicht beurteilen, aber die CSU hat in Bayern ein höheres Ergebnis bei der Planung des Mollidietunnels in Ravensburg geholt.“ Andererseits würden die Verluste der CDU für Armin Laschet in Nordrhein-Westfalen denen von Markus Söder in Bayern ähneln, „deshalb ist das schwer zu sagen. Am Ende glaube ich aber, dass die Union die Nase vorne gehabt hätte.“

Wie geht es jetzt weiter? Welche Koalition befürwortet Müller? „Eigentlich konnten wir mit den Sozialdemokraten ganz gut“, wäre er für eine Fortführung der Großen Koalition selbst unter einem Kanzler Olaf Scholz, hält das aber für eine eher unwahrscheinliche Lösung. „Wenn wir als CDU überhaupt eine Koalition anführen dürfen, dann ja nur Jamaika, und das werden die Grünen kaum mitmachen. Es wird also eher auf eine Groko oder eine Ampel hinauslaufen“, meint Müller. Je nachdem, wie teuer FDP-Chef Christian Lindner „seine Haut verkaufen“ würde.

Und was sagt die Zweitplatzierte, Agnieszka Brugger, zum Wahlergebnis? „Ein spannender Abend, sowohl im Bund als auch im Wahlkreis, aber wir haben unsere Ziele nicht er-



Axel Müller geht in der Schule am Martinsberg in Weingarten seine Stimme ab. Da ahnt er noch nicht, dass er doch mit einem Abstand von neun Prozentpunkten gewinnen wird. FOTO: ELKE DIBBER

reicht.“ In der Stadt Ravensburg unterlag die Grünen-Politikerin dem Amtsinhaber nur ganz knapp, in den anderen Städten und Gemeinden aber teils mit deutlichem Abstand. „Ich gratuliere Axel Müller zum Direktmandat in unserem schönen Wahlkreis Ravensburg. Leider hat es für mich nicht zum Direktmandat gereicht, aber ich freue mich, auch weiterhin die Anliegen der Menschen aus Oberschwaben und dem Allgäu nach Berlin tragen zu können. Ich danke für das Vertrauen, das in diesen 21 Prozent steckt.“

Dennoch müssten die Grünen auf Bundesebene jetzt selbstkritisch prüfen, warum sie die riesige Chance

nicht nutzen konnten, stärkste Partei zu werden, wonach es im Frühjahr einmal ausgesehen hatte. Auf die Frage, ob Robert Habeck nicht der bessere Kanzlerkandidat gewesen wäre, antwortet Brugger ausweichend. „Wir müssen aus unseren Fehlern lernen und jetzt jedes Prozent für konsequenten Klimaschutz umsetzen.“ Auf eine Wunsch-Koalition will sie sich am Wahlabend noch nicht festlegen. „Die Richtschnur ist, wie wir Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Innovation am besten in Einklang bringen können.“ Ihr sei zwar bewusst, dass die grüne Basis nicht viel von einem Jamaika-Bündnis mit CDU und FDP

halte, „aber es bringt nichts, sich jetzt schon auf Präferenzen festzulegen.“

Und dennoch: An den Grünen führt kein Weg vorbei, wenn es nicht zu einer Neuaufgabe der Großen Koalition kommt. Könnte sich Brugger dann ein Regierungsamt vorstellen? Einen Ministerinnen- oder Staatssekretärinnenposten? Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende hat in den vergangenen Jahren schließlich eine große Expertise in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik erworben. Aber auch darauf will sie am Sonntag noch nicht antworten. Nur soviel: „Ich habe jede Aufgabe, die mir übertragen wurde, mit Energie und Leidenschaft betrieben.“

## Der Wahlabend wirkt im Kreis noch nach

BAD WALDSEE/KREIS RAVENSBURG (kik/bee) - Die Bundestagswahl wirkt noch nach. So wird das Ergebnis kommentiert.

Die „Dominanz der CDU“ habe ein Ende gefunden, kommentierte Helmut Brecht, Vorsitzender des Kreisseniorenrats, das Ergebnis auf Bundesebene sowie im Wahlkreis Ravensburg. Vielen Senioren hätte das „Hin und Her“ in Berlin, konkret die Machtkämpfe zwischen Laschet und Söder, nicht gefallen, woraufhin sie sich der SPD zugewandt hätten. „So etwas geht älteren Menschen einfach auf den Keks.“ Für den Kreis sei positiv, dass die Belange der Oberschwaben mit gleich vier Abgeordneten vertreten werden.

Bezogen auf die Region sei das CDU-Ergebnis alles andere als erfreulich, sagt Landtagsabgeordneter Raimund Haser. „Dieses Niveau darf man sich nicht schönreden.“ Er erwartet jetzt „zähe Verhandlungen“, denn jeder halte sich alles offen. Haser favorisierte ein Bündnis mit Grünen und FDP: „Das ist aktuell die modernste aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und auch kompatibel zur Koalition im Land.“ Zum Ergebnis in der Region und im Wahlkreis Ravensburg insbesondere sagt Haser: „Ich hatte nie einen Zweifel, dass wir die Direktmandate in Oberschwaben verteidigen. Die Erststimmenergebnisse zeigen, dass die Person des Abgeordneten geschätzt wird.“ Als Ursache für die Verluste macht Haser aus, dass es der CDU zu wenig gelungen sei, „ihre Modernität an den Mann“ zu bringen.

Die Stimmung auf der Wahlparty in Ravensburg sei zwar gut gewesen, berichtet Petra Krebs, Grünen-Landtagsabgeordnete. „Es war aber auch nicht die Superfreude.“ Immerhin werde es eine Regierungsbildung im Bund ohne die Grünen nicht geben, man habe ein „starkes Verhandlungsmandat“. Krebs erwartet, dass man für eine mögliche Regierungskoalition in Berlin wegen der größten Schnittmengen als Erstes mit der SPD sprechen werde. Weitaus schwieriger würden die Verhandlungen „mit einem Dritten im Bunde“. Ebenfalls nicht ganz zufrieden ist die Wangenerin mit dem Ergebnis im Wahlkreis Ravensburg, obwohl Grüne und ihre Kandidatin Agnieszka Brugger hier hinzugewonnen haben.



Obwohl es nicht für das Direktmandat gereicht hat, freut sich Agnieszka Brugger über das gute Wahlergebnis der Grünen. FOTO: ELKE DIBBER

## J) Fusionsversammlungen

Schwäbische Zeitung vom 20.02.2022

# CDU-Ortsverbände Leupolz und Karsee fusionieren

Anton Sieber und Roswitha Geyer-Fäßler führen den neuen Verband künftig gemeinsam

WANGEN (sz) - Die CDU in der Region und in Wangen geht neue Wege. Um ihre Strukturen zu straffen und sich für die Zukunft sowie für die Kommunalwahl 2024 gut aufzustellen, haben die beiden bisher eigenständigen CDU-Ortsverbände in Karsee und Leupolz auf Initiative des CDU-Kreisverbands Ravensburg und des CDU-Stadtverbands Wangen beschlossen zu fusionieren und somit noch enger zusammen zu arbeiten. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor.

Die CDU im Kreis Ravensburg geht seit einigen Jahren den Weg, kleinere Verbände zu fusionieren und zur Zusammenarbeit zu bewegen. In Wangen starte dieser Prozess nun auch, heißt es in der Mitteilung.

CDU-Kreis- und Stadtverbandsvorsitzender Christian Natterer sagte: „Die heutige Fusion ist ein weiterer wichtiger Schritt unserer kreisweiten Strukturreformen, unsere Kräfte als CDU vor Ort zu bündeln und trotzdem in der Fläche präsent und aktiv zu bleiben“.

Bei der Versammlung stimmten zunächst die Mitglieder der Ortsverbände Karsee und Leupolz separat über ihre jeweilige Auflösung ab.

Diese Beschlüsse fielen einstimmig. Dann stimmten die Mitglieder gemeinsam über die Fusion zum neuen Ortsverband Leupolz-Karsee ab. Auch dieser Beschluss fiel einstimmig, wie die CDU mitteilt.

Stadtrat Anton Sieber aus Leupolz wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreterin ist Stadträtin Roswitha Geyer-Fäßler aus Karsee. Schatzmeister wurde Günter Hahnel. Zu den Beisitzern wählte die Versammlung Wolfgang Kempf, Franz Peter und Edgar Engler.

Der neue Vorsitzende Anton Sieber freute sich über die gelungene Fusion und fügte an: „Wir tun es der örtlichen Feuerwehr gleich.“ Außerdem gab er als Ziel die Kandidatensuche für die nächste Kommunalwahl aus. Man wolle die Mandate der CDU im Wangener Norden verteidigen.

In nächster Zeit stehen weitere Fusionen von CDU-Ortsverbänden in der Region an. So in Kürze die Fusion der Ortsverbände Wangen, Deuchelried und Niederwangen sowie im November die Fusion der drei Kißlegger CDU-Ortsverbände Immenried, Waltersshofen und Kißlegg.



Der Vorstand des neuen CDU-Ortsverbands Leupolz-Karsee (von links): Wolfgang Kempf, Christian Natterer, Roswitha Geyer-Fäßler, Anton Sieber, Günter Hahnel und Franz Peter. Es fehlt Edgar Engler. FOTO: CDU

Schwäbische Zeitung vom 4.11.2022

# Wangens CDU ordnet sich mit weiteren Fusionen neu

Auch die Ortsverbände Wangen, Niederwangen und Deuchelried schließen sich zusammen – Wer dort das Sagen hat

WANGEN (sz) - Die CDU in Wangen und der Region kommt bei der Straffung ihrer Strukturen voran. Dies berichtet die Partei, und das bedeutet, dass sich weitere, bisher selbstständige Ortsvereine zusammengeschlossen haben.

Nachdem kürzlich bereits die Ortsverbände Leupolz und Karsee fusionierten, stand nun selbiges bei den Ortsverbänden Wangen-Kernstadt, Deuchelried und Niederwangen an. Zur Versammlung hatte erneut der CDU-Kreisverband Ravensburg eingeladen.

Dessen Vorsitzender, Christian Natterer, auch Chef des CDU-Stadtverbands Wangen, der zusammen mit dem Wangener Ortsvorsitzenden Johannes Sontheim die Versammlung eröffnete, sagte: „Wir stärken unsere Strukturen vor Ort und bleiben trotzdem in der Fläche präsent und aktiv. Die Zusammenlegung des CDU-Ortsverbands der Kernstadt mit den CDU-Ortsverbänden in Deuchelried und Niederwangen macht nicht nur organisatorisch, sondern auch geographisch Sinn.“ Insgesamt hat der neue Verband nach Angaben der Partei 106 Mitglieder aus allen Berufs- und Altersgruppen.

Kreisweit geht die CDU nach eigenen Angaben seit einigen Jahren den Weg, kleinere Ortsverbände zusammenzuschließen und zur Zusammenarbeit zu bewegen. „In Wangen schließen wir diesen Prozess heute



Freuen sich über die Fusion der CDU-Ortsverbände Wangen, Deuchelried und Niederwangen (von links): CDU-Kreis- und Stadtverbandsvorsitzender Christian Natterer, CDU-Stadtrat Klaus Hänslar (Deuchelried), Ortsvorsitzender Johannes Sontheim (Wangen) und Michael Jeschke (Niederwangen). FOTO: CDU

ab“, so Natterer. Aus Niederwangen begrüßte der stellvertretende Ortsvorsitzende Michael Jeschke die Fusionspläne, ebenso aus Deuchelried CDU-Stadtrat Klaus Hänslar. „Die innerparteilichen Strukturen der 70er- und 80er-Jahre haben sich überholt“, so die beiden Vertreter aus den Ortsteilen laut Mitteilung.

Im ersten Teil der Versammlung und nach Erledigung der üblichen Formalien, stimmten zunächst die Mitglieder der Ortsverbände Deuchelried und Niederwangen separat

über ihre jeweilige Auflösung ab. Diese Beschlüsse fielen beide einstimmig.

Im zweiten Teil der Versammlung stimmten dann alle Mitglieder gemeinsam über die Fusion und den Beitritt zum Ortsverband Wangen ab. Auch dieser Beschluss fiel ohne Gegenstimme.

Letztlich wurde noch ein neuer gemeinsamer Vorstand gewählt. Unter der Wahlleitung von Kreis- und Stadtrat Christian Natterer wurde Johannes Sontheim zum Wangener

CDU-Ortsvorsitzenden gewählt. Seine stellvertretenden Vorsitzenden sind Stadtrat Klaus Hänslar aus Deuchelried und Marius Dufner, der Vorsitzende der Jungen Union Wangen.

Schatzmeisterin wurde Patricia Thiermann-Haase. Zu den Beisitzern wurden gewählt: die Stadträte Paul Müller und Jörg Rusch, der 18-jährige Jugendgemeinderat Paul Augustin als jüngstes Vorstandsmitglied, Nico Huber und Gunnar Fritschle aus Wangen sowie Michael Jeschke aus Niederwangen; Kassenprüferin ist zukünftig erneut Vera Stiller.

Der frisch gewählte Ortsvorsitzende Johannes Sontheim dankte für das in den neuen Vorstand entgegengebracht Vertrauen und freute sich über die Fusion. Eines von mehreren Zielen der CDU sei nun, einerseits die großen Themen der Kernstadt sowie der Ortschaften voranzutreiben, andererseits die erfolgreiche Kandidatensuche für die Kommunalwahl 2024.

Man müsse für die drei Ortsteile 25 gute und überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten finden.

Christian Natterer sagte, es sei nun innerhalb weniger Monate mit den zurückliegenden Versammlungen gelungen, die CDU in Wangen völlig neu zu ordnen und dadurch fit für die Zukunft zu machen. Dies sei eine gute Voraussetzung für erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit vor Ort.

# Fusionierte CDU will mehr Mandate

Im Raum Wangen und Kißlegg strukturiert sich die Partei neu – Das sind die Ziele

Von Paul Martin

LANDKREIS RAVENSBURG – In Oberschwaben und im Allgäu lösen sich reihenweise CDU-Ortsverbände auf. Und das beinahe unbemerkt. Die Stammwählerschaft muss aber nicht besorgt sein: Wenige Minuten nach den Auflösungsbeschlüssen werden neue, größere Verbände gegründet. Klärlich ist das etwa in Kißlegg so geschehen. Welche Strategie dahintersteckt, was die CDU damit erreichen will und welche Ziele sie sich für die nächsten Jahre steckt. Ein Besuch bei einer Fusionsversammlung.

Eine Viertelstunde lang, von 20.02 bis 20.17 Uhr war Kißlegg ohne CDU-Verband. Im Gasthof Ochsen hatten sich mehr als zwei Dutzend Mitglieder aus den Ortsverbänden Kißlegg, Waltershofen und Immenried getroffen, um eben diese Ortsverbände aufzulösen – und sich anschließend zur neuen CDU Kißlegg zu formieren. Der Kreisvorsitzende der Partei, Christian Natterer, hatte zu der Versammlung eingeladen und sie auch geleitet. „Ich habe den Kreisverband 2018 mit rund 60 Verbänden übernommen“, führte Natterer aus. Aber: „Die Zeiten haben sich verändert. Unser Ziel ist aber, auch in den nächsten zehn Jahren in allen politischen Gemeinden im Kreis einen starken CDU-Verband zu haben.“

Fusionen gab es zuletzt in Bad Wurzach, dem Leutkircher Raum, zwischen Wangen, Niederwangen und Deuchelried sowie zwischen Leupolz und Kärsce. „Stand jetzt haben wir rund 48 Verbände, bis zur Kommunalwahl 2024 werden es durch weitere Fusionen wohl noch 45 sein“, botte der Kreis-Chef aus. Klingt nach einer schrumpfenden Partei. Und die Ortsverbände machen viel Arbeit.

Eindrücklich schildert das Bruno Buchner, der bis zur Auflösung den Ortsverband Waltershofen mit seinem neun Mitgliedern geleitet hat. Seine Vorgängerin konnte kommunalpolitisch noch aktiver sein, sagt Buchner. Er habe sich mehr auf die Formalitäten beschränken müssen: „Ich war in Personalunion Vorsitzender und Kassierer, den Kassenbericht musste ich zur Prüfung nach Ravensburg schicken. Eigene Kassenprüfer hatten wir nicht mehr“, berichtet Buchner. „Bei Vorstandssitzungen war ich allein. Diejenigen, die noch Posten hatten, waren entweder verstorben oder nicht mehr mobil genug, um an einer Sitzung teilzunehmen.“ Gleichzeitig ist Buchner Mitglied im Ortschafts- und Gemeinderat und auch noch im CDU-Gemeinerverband, den es schon vor der Fusion gab und der als Dachorganisation für die drei Ortsverbände fungiert hat.

„Es ist nicht so, dass wir die Doppel-, beziehungsweise Vierfachstrukturen nicht hlngebracht hätten“, sagt Raimund Haser. Der Landtagsabgeordnete war bislang Chef des Ortsverbands Immenried und leitet nun die neue Gesamt-CDU für die Gemeinde Kißlegg. „Wir haben uns einfach gefragt, wie viel Sinn dieses Nebeneinander-Existieren der Verbände noch macht.“

Und das fragt man sich offenbar nicht nur in Kißlegg. „Ortsverbände in jedem Teilort sind wegen der rückläufigen unechten Teilerwahl immer weniger nötig“, erklärt Christian Natterer. Sie trotzdem zu unterhalten sei wegen der sinkenden Mitgliederzahlen immer schwieriger. Ihm ist wichtig: „Die Verbände müssen aber fusionieren wollen. Das kommt nicht von oben. Wo wir mit einer eigenen Liste für den Orts-



Zwei Mal die Hände zum Himmel! So schnell ist ein alter CDU-Verband aufgelöst und ein neuer gegründet – VOT RUIZOTT / FOTO PAUL MARTIN

chaftsrat antreten, macht auch ein eigener Ortsverband Sinn.“

Eine Frage, die die Mitglieder in Kißlegg dem Kreis-Chef in der Versammlung gestellt haben, war: Gibt es denn in einem größeren Verband mehr oder weniger Mitglieder als in mehreren kleineren? „In den Verbänden, die fusioniert haben, gab es keine Austritte in dem Sinn, dass sich die Mitglieder kommunal schlechter vertreten fühlen“, so Natterer. Die letzte Welle an Austritten habe es im Jahr der Bundestagswahl

gegeben. Zurzeit hat die CDU kreisweit nach eigenen Angaben mehr Ein- als Austritte. 2321 CDU-Mitglieder gibt es demnach im Landkreis Ravensburg aktuell. Ende 2021 waren es noch 119 mehr. Denn, so Natterer, die Eintritte können die Todesfälle nicht ausgleichen. Ein Trend, der sich wohl fortsetzt: Der durchschnittliche CDUler im Kreis ist fast 63 Jahre alt. Die grammatikalisch männliche Form passt: Nur rund 21 Prozent der Mitglieder sind Frauen.

Ob die Frauen künftig über eine Quote Vorstandsmitglieder in den fusionierten Verbänden seien, wurde im Ochsen-Saal gefragt. „Nein“, erklärte Natterer. Er, der für einige Monate als Nachrücker Mitglied des Deutschen Bundestags war, ist als Gegner der Frauenquote bekannt. Sein Wunsch-Parteichef Friedrich Merz hat sie auf dem jüngsten Bundesparteitag allerdings durchgesetzt. Die Ortsverbände, ob fusioniert oder nicht, betrifft sie allerdings nicht: Sie greift erst ab der Kreisebene.

Zurück zu den Fusionen: Sie sollen, das ist das Ziel von Natterer, Haser und Co., die Aktivitäten vor Ort steigern. „Ortsverbandsvorsitzende, die bisher viel Arbeit mit dem Erhalt von Doppelstrukturen und Formalitäten haben, können sich jetzt mehr auf die Politik vor Ort konzentrieren“, sagt Natterer.

Die Grünen, die im Kreis traditionell kaum gewachsene Ortsverbände auf dem Land haben, sind, während die CDU fusioniert, mit Neugründungen beschäftigt. Ein Ortsverband Wurzach-Kißlegg wurde beispielsweise jüngst ins Leben gerufen. Umso größere Verbände, umso besser Christian Natterer sieht das anders. „Verbände über Gemeindegrenzen hinaus machen derzeit keinen Sinn, weil wir praktisch überall mit einer eigenen Gemeinderatsliste antreten. Und zu jeder Fraktion gehört auch ein Verband. Das ist unser Anspruch.“

Die Fraktionen würde Natterer gern größer sehen. „Bei der letzten Kommunalwahl haben wir sechs Sitze im Kreistag verloren. Ich habe den Anspruch, dass wir nicht nur die stärkste Fraktion bleiben, sondern wieder zulegen.“ Zu dem Adressat 2019 ist es laut Natterer durch die gleichzeitig stattfindende Europawahl gekommen: „Der Hype um Fridays for Future“, wie er sagt, und Fehler der damaligen Bundes-CDU hätten auf die Kommunalwahl durchgeschlagen.

Auch die Ziele für die Gemeinderatswahlen steckt Natterer höher als den Status quo. „Wir wollen in so vielen Gemeinden wie möglich mit einer vollen CDU-Liste antreten und auch hier Sitze dazugewinnen. Grundsätzlich sind Kommunalwahlen aber Persönlichkeitswahlen – hier sind wir auf der Suche nach starken Kandidaten.“

# CDU in Christazhofen und Ratzenried fusionieren

Armin Fehr ist Vorsitzender – Bekenntnis zum OSK-Standort Wangen

ARGENBÜHL (sz) - Mit der Fusion der bisher eigenständigen CDU-Ortsverbände Christazhofen und Ratzenried zum neuen Verband Christazhofen-Ratzenried ist die Fusionswelle der CDU im Allgäu vorläufig abgeschlossen, so der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer. In den vergangenen Jahren und Monaten hatte es bereits Zusammenschlüsse von CDU-Ortsverbänden in Bad Wurzach, Kißlegg, Leutkirch und im Raum Wangen gegeben. Mit diesen Strukturen und somit größeren Einheiten vor Ort sei man im östlichen Landkreis als Partei nun gut und effizient für die Zukunft aufgestellt, so Natterer.

Die Kreis-CDU hatte zusammen mit den beiden Argenbühler Ortsverbänden zu zwei aufeinanderfolgenden Versammlungen geladen. Im ersten Teil fanden die separaten Mitgliederversammlungen von Christazhofen und Ratzenried statt, in den neben den üblichen Formalien über die Auflösung der Verbände abgestimmt werden musste.

Die bisherigen Ortsvorsitzenden Armin Fehr aus Christazhofen und Ulrich Müller aus Ratzenried warben nochmals für den Weg des Zusammenschlusses. Diese Beschlüsse fielen dann seitens der Mitglieder jeweils einstimmig. In der anschließenden Fusionsversammlung mussten

alle Mitglieder über den Zusammenschluss abstimmen. Auch dies wurde einstimmig gebilligt. Nun musste noch ein neuer Vorstand gewählt werden. Unter der Wahlleitung von Christian Natterer wurde Armin Fehr zum neu-

en Vorsitzenden des neuen gemeinsamen Verbandes gewählt. Zu seinen Stellvertretern bestimmte die Versammlung Martin Dentler jun. und Christoph Huber. Schatzmeister ist Karl Amann. Das Amt der Presserefe-

rentin und Schriftführerin hat Rita Ortmann inne. Beisitzer wurden Bernhard Albrecht, Franz Rudhart, Dieter Stach, Simon Rimmel, Ulrich Müller und Alois Heim. Kassenprüfer sind Bruno Hausmann und Max Singer.

Neben den Wahlen standen auch Mitgliederehrungen an. Geehrt wurden dabei vom Kreis- und Ortsvorsitzenden für 74 Jahre CDU-Mitgliedschaft Josef Ortmann, für 55 Jahre Johann Baptist Pfurrer und für 50 Jahre Bruno Hausmann und Werner Karer. Im Anschluss referierten Argenbühls Bürgermeister Roland Sauter und CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer über aktuelle politische Themen.

Die beiden CDU-Kreisräte gaben nochmals ein klares Bekenntnis zum Wangener Krankenhaus als Haus der Grund- und Regelversorgung mit Geburtsstation ab und warben für die Krankenhausneubaupläne am Engelberg in Wangen, möglicherweise auch in Zusammenarbeit mit den Waldburg-Zeil Kliniken. Gerade für die Gemeinden um Wangen herum, aber das württembergische Allgäu insgesamt, sei das Wangener Krankenhaus ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, so Sauter und Natterer.



Der neue Vorstand des CDU-Ortsverbandes Christazhofen-Ratzenried mit Gästen (von links): CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer, Dieter Stach, Karl Amann, Bernhard Albrecht, CDU-Ortsvorsitzender Armin Fehr, Ulrich Müller, Rita Ortmann, Franz Rudhart, Alois Heim, Martin Dentler, Simon Rimmel und Christoph Huber. FOTO: CDU

## Isnyer CDU-Verbände wollen fusionieren

ISNY (sz) - Der CDU-Stadtverband Isny sowie die CDU-Ortsverbände Beuren, Isny und Rohrdorf wollen sich zusammenschließen, um zukünftig schlagfertiger aufgestellt zu sein. Das geht aus einer Mitteilung des CDU-Kreisverbands Ravensburg hervor. Die Fusion soll bei einer Versammlung am Mittwoch, 22. November, ab 19.30 Uhr im Landgasthaus zum Kreuz in Beuren vollzogen werden.

Zunächst würden die drei Ortsverbände Beuren, Isny und Rohrdorf in separaten Versammlungen die üblichen Formalien abhalten und, falls die Mitglieder mehrheitlich zustimmen, ihre Auflösung beschließen.

Im Anschluss ist eine gemeinsame Fusionsversammlung zum neuen Stadtverband Isny geplant, so der CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer und die örtlichen Vorsitzenden Marc Siebler, Alexander Sochor, Silvia Ulrich und Ferdinand Hofmann. Geplant sei dann, einen neuen CDU-Vorstand für ganz Isny zu wählen.

### K) Neujahrsempfang 2024

Schwäbische Zeitung  
vom 12.01.2024



Zum Vorsitzenden wurde Marc Siebler gewählt, der schon zuvor an der Spitze des Stadtverbands gestanden hatte.

ARCHIVFOTO: CDU ISNY

## Siebler an der Spitze des neuen CDU-Stadtverbands

ISNY (mp) - Die CDU-Ortsverbände Isny, Beuren und Rohrdorf haben fusioniert und sich zu einem neuen Stadtverband zusammengeslossen. Das teilte der CDU-Kreisverband Ravensburg mit. Wie angekündigt, wollen die Christdemokraten in und um Isny dadurch schlagkräftiger werden. Zum Vorsitzenden wurde Marc Siebler gewählt, der schon zuvor an der Spitze des Stadtverbands gestanden hatte. Stellvertreter sind Silvia Ulrich und Alexander Sochor.

## CDU-Kreisverband lädt zum Neujahrsempfang

KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU Kreisverband Ravensburg lädt seine Mitglieder und alle interessierten Bürger zu seinem Neujahrsempfang 2024 ein. Die Veranstaltung findet am Sonntag, 14. Januar, ab 14.30 Uhr in der Orangerie im Fürstlichen Hofgarten in Wolfegg statt.

Die CDU will sich dort auf die anstehende Europa- und Kommunalwahl einstimmen, heißt es in der Ankündigung. Wie der

CDU-Kreisvorsitzende Christian Natterer mitteilt, wird die neue Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg und Tauberbischofsheimer Bundestagsabgeordnete Nina Warken (Foto: Tobias Koch) eine Ansprache im Hinblick auf das Superwahljahr 2024 halten. Außerdem werden der hiesige Europaabgeordnete Norbert Lins sowie der örtliche Bürgermeister Peter Müller ein Grußwort sprechen.



Nina Warken, MdB, wird auf dem Neujahrsempfang sprechen.

FOTO: TOBIAS KOCH

## Generalsekretärin Warken spricht bei CDU-Empfang

KREIS RAVENSBURG (sz) - Weit mehr als 120 Gäste nahmen am diesjährigen Neujahrsempfang der CDU in Wolfegg teil, um sich über verschiedene Themen auszutauschen und das Wahljahr 2024 mit Europa- und Kommunalwahlen einzuläuten. So teilt es der Kreisverband CDU Ravensburg mit.

CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer habe sich gefreut, neben zahlreicher Politprominenz aus der Region, Nina Warken, Mitglied des Bundestages, als Hauptrednerin in Wolfegg begrüßen zu dürfen. Von ihr seien nicht zuletzt Aussagen „aus erster Hand“ zur aktuellen Politik der Union mit Spannung erwartet worden.

Als Ziele fürs Superwahljahr 2024 formulierte der CDU-Kreischef den Wiedereinzug von Norbert Lins ins Europaparlament sowie bei der Kreistags- und Gemeinderatswahl deutlich um Sitze im ganzen Kreis zulegen zu wollen.

Die 43-jährige Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Odenwald-Tauber und neue Generalsekretärin, Nina Warken, habe nicht mit Worten in Richtung Berlin gespart. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation und großer struktureller Veränderungen sei ihr zufolge eine Politik notwendig, die sich vor Ort für die Belange der Bürger einsetze, ihnen „reinen Wein“ einschenke und ideologiefreie Lösungsansätze erarbeite.

## L) Bürgerinformationen

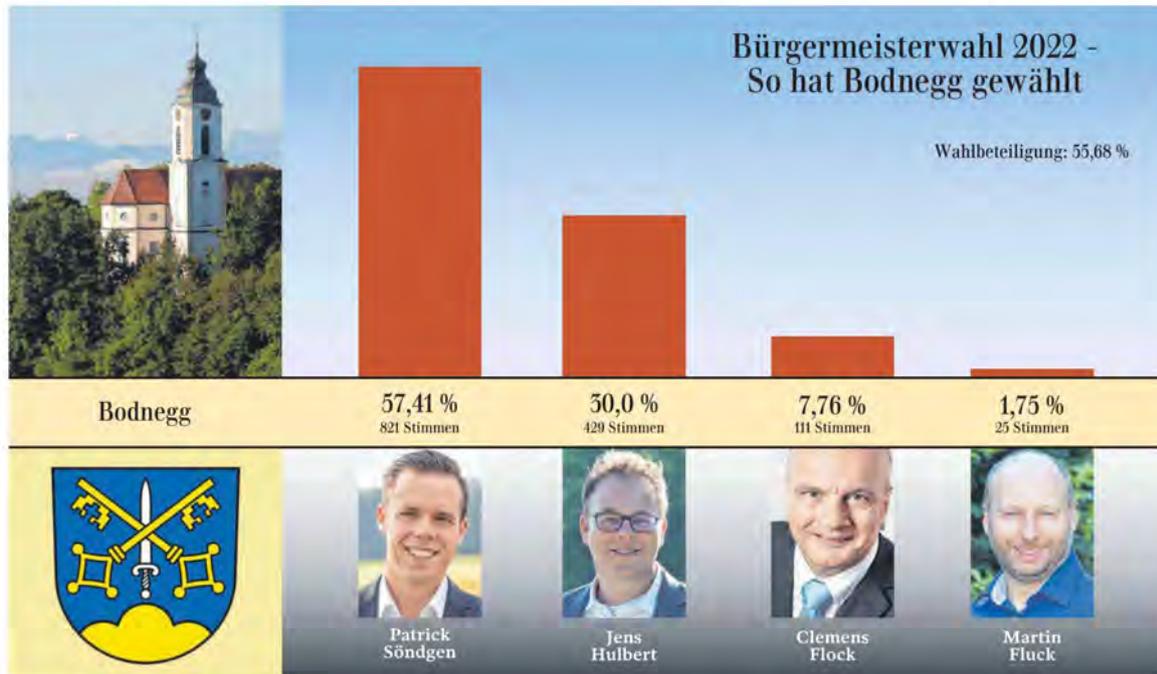
### Kreis-CDU thematisiert Ukraine-Krise

KREIS RAVENSBURG (sz) - Der CDU-Kreisverband Ravensburg lädt seine Mitglieder und interessierte Bürger zu einem kurzfristigen digitalen sicherheitspolitischen Mittagsgespräch zur Ukraine-Krise ein, wie der Kreisverband mitteilt. Unter anderem sollen die Auswirkungen des Konfliktes mit Russland auf Deutschland und Europa im Fokus stehen, heißt es weiter in der Mitteilung. Als Referent konnte die Kreis-CDU den profilierten Außenpolitiker und Heidenheimer CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter gewinnen. Das Gespräch findet an diesem Samstag, 26. Februar, von 12 bis 13 Uhr per Webex statt. Die virtuelle Veranstaltung ist öffentlich, so die Kreis-CDU.

Interessierte Bürger sollen sich bis Freitag 20 Uhr beim CDU-Kreisvorsitzenden Christian Natterer per E-Mail unter [c.natterer@cdu-kreis-rv.de](mailto:c.natterer@cdu-kreis-rv.de) anmelden, um die Zugangsdaten zu erhalten.

## M) CDU-Mitglied Patrick Söndgen ist neuer Bürgermeister von Bodnegg

Schwäbische Zeitung vom 26.07.2022



# Bodnegg hat gewählt

Überraschenderweise hat es ein eindeutiges Ergebnis gegeben

Von Philipp Richter

**BODNEGG** - Als der Bodnegger Gemeinderat den Wahltermin für die Bürgermeisterwahl festgelegt hatte, war ihm wahrscheinlich nicht bewusst, was für eine spannende Wahl das am Sonntag werden konnte. Nach sehr turbulenten und spannenden Wochen, stand am Abend endlich das Ergebnis fest, auf das nicht nur Bodnegg mit Spannung gewartet hat. Denn: Ein klarer Favorit war im Vorfeld der Wahl nicht auszumachen. Die meisten gingen von einem Kopf-an-Kopf-Rennen von Patrick Söndgen und Jens Hulbert aus.

Und dann war das Votum doch eindeutig: Auf den 32-jährigen Zeitsoldat Patrick Söndgen entfielen 821 Stimmen (57,41 Prozent), auf den 46-jährigen Hauptamtsleiter von Meckenbeuren, Jens Hulbert, 429 Stimmen (30,00 Prozent) und auf den 62-jährigen Diplom-Verwaltungswissenschaftler Clemens Flock III Stimmen (7,76 Prozent).

Auf Martin Fluck, der es sich vor zwei Wochen anders überlegt und angekündigt hatte, die Wahl gar nicht anzunehmen, entfielen immerhin noch 25 Stimmen (1,75 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei 55,68 Prozent.

Damit hat Bodnegg einen neuen Bürgermeister und der anberaumte Wahltermin für eine Neuwahl am 7. August ist obsolet, weil Patrick Söndgen die bei der ersten Wahl erforderlichen 50 Prozent plus eine Stimme mehr als deutlich erreicht



Zu den ersten Gratulanten von Patrick Söndgen gehörten seine Frau Lea (links) und seine Mutter Angelika Söndgen. Im Hintergrund sind Waldemar Westermayer und Christian Natterer zu sehen.

FOTO: PHILIPP RICHTER

hat. Nach 24 Jahren Amtszeit von Christof Frick wird jetzt Söndgen Rathauschef. „Ja, ich nehme die Wahl an“, sagte er, nachdem der stellvertretende Bürgermeister Rudi Blöchl das Wahlergebnis auf dem Schulhof des Bildungszentrums bekanntgegeben hat. Söndgen zeigte sich überwältigt von dem Ergebnis und dankte auch seinen Mitbewerbern Jens Hulbert und Clemens Flock. „Sie haben eine Riesenapplaus verdient“, so Söndgen.

Er dankte auch seiner Ehefrau Lea, die zusammen mit dem Nachwuchs und Söndgens Mutter Angelika am Sonntag nach Bodnegg gekommen war. Besonders erwähnte er den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Waldemar Westermayer we-

gen seiner Unterstützung. Er habe in ihm das Feuer für die Kommunalpolitik geweckt. Ohne ihn stünde er jetzt nicht hier in Bodnegg, sagte Söndgen. Auch Robert Wiedemann, der ehemalige Baienfurter Bürgermeister, hob er in seiner Ansprache hervor. Söndgen stammt aus Baienfurt.

Zum Wahlabend waren neben den Bürgermeistern aus anderen Kommunen und Westermayer unter anderem der CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Müller sowie der Kreisvorsitzende Christian Natterer gekommen. Sowohl Söndgen als auch Hulbert sind CDU-Mitglieder, traten jedoch ausdrücklich parteilos an.

Jens Hulbert zeigte sich als fairer Verlierer und gehörte zu den Ersten,

die Patrick Söndgen beglückwünschten. Dennoch zeigte er sich enttäuscht vom Wahlergebnis, „vor allem wenn man erfährt, dass andere Unterstützung bekommen haben“. „Aber diese Erfahrung nimmt einem niemand mehr. Es war schön, diese Gemeinde kennenzulernen und ich habe sehr viele tolle Gespräche geführt“, so Hulbert im SZ-Gespräch. Auch Clemens Flock, der ursprünglich aus Bodnegg stammt, nimmt das Ergebnis gelassen. „Mir geht es sehr gut“, sagte Flock. Die Amtszeit von Bürgermeister Christof Frick, der der Veranstaltung beiwohnte, endet am 18. Oktober 2022 um 24 Uhr. Dann wird Patrick Söndgen die Geschäfte im Rathaus übernehmen.

# Ringen um die Nachfolge von Laschet

Treffen der möglichen Kandidaten – Mitglieder im Südwesten befürworten mehr Mitsprache

Von Claudia Kling und Agenturen

BERLIN - Noch hat kein CDU-Politiker offiziell eine Bewerbung für den Posten des Parteivorsitzenden abgegeben, aber hinter den Kulissen sondieren mögliche Kandidaten ihre Chancen. Am Montagnachmittag kam in Bergisch Gladbach in der Nähe von Köln die nordrhein-westfälische CDU-Landesgruppe im Bundestag mit dem Noch-Parteichef Armin Laschet zu einer Klausur zusammen.

„Dass miteinander gesprochen wird, ist klar“, sagte der CDU-Außenexperte Norbert Röttgen, der selbst

als einer der Anwärter für die Nachfolge Laschets gilt, im Deutschlandfunk. Neben Röttgen sind der frühere Fraktionschef Friedrich Merz, der geschäftsführende Gesundheitsminister Jens Spahn, Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus und Wirtschaftspolitiker Carsten Linnemann als potenzielle Kandidaten für den Vorsitz im Gespräch. Alle fünf stammen aus Nordrhein-Westfalen.

Präsidium und Bundesvorstand der CDU entscheiden am Dienstag, ob für die Bestimmung des künftigen Parteichefs erstmals die derzeit rund 400 000 Mitglieder befragt werden

sollen. Dafür hatten sich am Wochenende in Berlin 326 Kreis- und 27 Bezirksvorsitzende der Partei nahezu einstimmig ausgesprochen.

Im Südwesten kommt das Vorhaben, die Basis über die Parteispitze abstimmen zu lassen, gut an. „In dieser besonderen Situation ist meiner Meinung nach eine Mitgliederbefragung alternativlos. Sie ist das Mittel der Wahl, um die Partei wieder zu befreien“, sagte Thomas Bareiß, Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Württemberg-Hohenzollern, der „Schwäbischen Zeitung“. Die Basis habe den Wunsch, eng eingebunden

zu werden. Auch der Vorsitzende des CDU-Kreisverbands Ravensburg, Christian Natterer, hofft, dass mittels Mitgliederbefragung die bestehenden Gräben in der Union überwunden werden können. „Wir haben eine komplette Entfremdung der Parteibasis vom Führungszirkel. Das muss sich wieder ändern.“

Gerade Merz gilt als Kandidat mit Chancen bei der Basis. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung sei zwar noch vollkommen offen, so Bareiß. Aber in Baden-Württemberg habe Merz „nach wie vor eine große Anhängerschaft“. • SEITE 5

## Votum für Merz von CDU-Kreischef Natterer begrüßt

KREIS RAVENSBURG (jps) - Ausdrücklich begrüßt CDU-Kreisvorsitzender Christian Natterer das deutliche Votum der Parteimitglieder für Friedrich Merz als neuem CDU-Vorsitzenden: „Jetzt werden wir die Rolle als größte Oppositionspartei würdig ausfüllen können“, sagte der Wangener im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“.

Am Freitag hatten die Christdemokraten das Ergebnis der Befragung bekannt gegeben, nach der rund 66 Prozent der abgegebenen Stimmen auf den früheren Fraktionschef der Unionsfraktion im Bundestag entfielen. „Das freut mich natürlich sehr“, sagte Natterer, der den Sauerländer schon bei seinen ersten beiden vergeblichen Versuchen unterstützt hatte, Parteivorsitzender zu werden.

Dass Merz es im dritten Anlauf schaffte, hat den CDU-Kreisvorsitzenden nicht mehr überrascht. Wohl aber, wie er sagte, dass dieser gleich zwei Drittel der Mitglieder hinter sich bringen konnte. Für Natterer ist dieses Votum Zeichen dafür, dass es an der Parteibasis rumort hatte. Auch und insbesondere im Raum Allgäu/Oberschwaben. Hier, wie im gesamten Südwesten Deutschlands, galt die Unterstützung für Merz immer als besonders groß. Deshalb sei der für die CDU neue Weg einer Mitgliederbefragung auch der richtige gewesen.

Aufschlüsse, wie die CDU-Mitglieder im Land und in der Region abgestimmt haben, gibt es laut Natterer nicht. Merz muss jetzt noch vom CDU-Bundesparteitag am 22. Januar offiziell gewählt werden, was als sicher gilt. Da der Konvent virtuell abläuft, ist danach noch eine Bestätigung der 1001 Delegierten per Briefwahl nötig.

# Merz-Anhänger gegen CDU-Frauenquote

Ravensburger Kreischef Christian Natterer sammelt bundesweit Unterstützer

Von Katja Korf

RAVENSBURG – Jedes zweite Vorstandsamt der CDU soll spätestens 2025 mit einer Frau besetzt werden. So jedenfalls sieht es ein Plan für den Parteitag am 9. September in Hannover vor. Er stammt von Friedrich Merz, dem CDU-Chef höchstpersönlich. Doch ausgerechnet unter seinen treuesten Anhängern regt sich nun Widerstand. Angeführt wird er aus dem Südwesten.

Als sich Merz 2018 um den Vorsitz und 2021 um die Kanzlerkandidatur seiner Partei bewarb, sammelten unter anderem drei CDUler aus Baden-Württemberg Unterstützung für den Sauerländer ein: Christian Natterer, Vorsitzender der CDU im Kreis Ravensburg, Christian von Stetten, Hohenloher Bundestagsabgeordnete sowie der Chef der Esslinger CDU, Tim Hauser. Die Union brauche einen Kurs weg von der „linken Mitte“, dafür stehe Merz.

Doch nun machen diese Unterstützer mobil gegen einen Plan von Merz. Dieser hatte im Juni einen Vorschlag zur Debatte um eine parteiinterne Frauenquote gemacht. Er sieht vor, dass bis 2025 die Hälfte aller Vorstandsämter ab der Kreisverbandsebene mit Frauen besetzt sein müssen. Außerdem sollen künftig die ersten zehn Listenplätze bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen paritätisch besetzt werden. Die Quote soll zunächst bis 2029 gelten. Danach soll geprüft werden, was die Maßnahme gebracht hat. Bislang sind rund 26,5 Prozent der CDU-Mitglieder Frauen, in Baden-Württemberg 24,3 Prozent.

Diesen Plan segnete der Parteivorstand ab, die rund 1000 CDU-Delegierten sollen nun darüber abstimmen. Aber nicht, wenn es nach den Merz-Unterstützern aus Baden-Württemberg geht. „Wir gehen auf Delegierte in Land und Bund zu, um sie von unserer Sicht zu überzeugen und einen solchen Parteitagebeschluss zu verhindern“, sagte Natterer der „Schwäbischen Zeitung“.

Aus seiner Sicht hat sich Merz vor allem für den Kompromiss einer befristeten Quote ausgesprochen, weil er unter Zugzwang stand. Seine Vorgängerin an der CDU-Spitze, Annegret Kramp-Karrenbauer, hatte 2020 bereits einen Quoten-Plan entworfen – den hatte der CDU-Vorstand abgesegnet. Doch zur Abstimmung kam es nicht mehr. Wegen der Corona-Maßnahmen konnte kein Präsenzparteitag stattfinden.

Für Abstimmungen über solche Satzungsfragen benötigt es aber nach wie vor die Anwesenheit der Delegierten. Kramp-Karrenbauers Vorstoß ging weiter als jener von Merz: Bereits ab 2021 hätte eine



CDU-Chef Friedrich Merz (rechts) mit dem Ravensburger CDU-Kreischef Christian Natterer (Mitte) bei einer Veranstaltung der Jungen Union in Bad Wailsee. FOTO: KATJJA KORF

Frauenquote von 30 Prozent gelten sollen, die dann bis 2025 auf 50 Prozent steigen sollte.

Merz stand im Juni 2022 deshalb vor einem Dilemma. Er hatte sich stets kritisch zu Frauenquoten geäußert. Doch er hatte auch seinen eigenen Kurs geändert und versucht, sich das Image eines Erneuerers zu verpassen. Außerdem wollte er die Union befrieden. Deshalb entschied er sich für den Kompromiss einer zunächst befristeten Quote – auch, wenn das aus seiner Sicht nur die zweitbeste Lösung sei, um den Frauenanteil zu steigern. Eine bessere gebe es eben nicht.

Doch der Ravensburger Merz-Anhänger Natterer hält von der Frauenquote weiter nichts. Zwar ist ihm klar, dass derzeit viele Bürger anderes bewegt als Interna der CDU, sie hätten angesichts von explodierenden Energiepreisen und Inflation andere Sorgen. „Eigentlich möchte angesichts dieser Situation jetzt niemand über eine parteiinterne Frauenquote diskutieren, egal welche Meinung er oder sie vertritt. Aber wir müssen diese Formalien regeln, auch wenn es ein ungünstiger Zeitpunkt ist.“ Deshalb habe der Kreisverband seine Mitglieder befragt. Ergebnis: Von rund 2400 Mitgliedern seien 80 Prozent der Umfrageteilnehmer gegen eine Frauenquote. Außerdem wurden die rund 500 Frauen im Kreisverband noch einmal separat angeschrieben. Hier waren laut

Natterer 90 Prozent der Umfrageteilnehmerinnen gegen die Quote.

Natterer führt mehrere Argumente ins Feld: „Wir können eine solche Quote – 50 Prozent aller Ämter ab Kreisvorstandsebene – gar nicht erfüllen, dazu fehlt uns schlicht das weibliche Personal. Wir versuchen ja alles: Im Kreisverband Ravensburg sitzen bereits ein Drittel Frauen im erweiterten Kreisvorstand, vier unserer sechs Delegierten für den Bundesparteitag sind weiblich. Aber 50 Prozent Frauen im Vorstand sind bei 20 Prozent weiblicher Mitglieder einfach nicht umsetzbar.“ Wenig überraschend sieht die Bundeschefin der Frauenunion Annette Widmann-Mauz (Foto: dpa) das anders. „Die CDU Deutschlands hat derzeit mehr als 100 000 weibliche Mitglieder, und das Potenzial, weitere Mitglieder zu werben, ist riesig. Die stufenweise Einführung der verbindlichen Quote gibt den Verbänden genügend Zeit, sich auf die neuen Regeln einzustellen.“

Der Ravensburger Natterer verweist außerdem auf die bayerische Schwesterpartei CSU. Dort gilt seit 2010 eine Frauenquote von 40 Prozent für die Landes- und Bezirksvorstände, 2019 wurde sie um den engeren Partei- und Bezirksvorstand mit einer Frauenquote von 50 Prozent erweitert. Der

Anteil weiblicher Mitglieder ist seitdem von 19 auf 22 Prozent nur leicht gestiegen. „Unser Ziel ist es, mehr Frauen für Politik in der CDU zu gewinnen. Das Beispiel der CSU in Bayern zeigt, dass eine Quote dafür gar nichts bringt“, so Natterer.

Auch das lässt Widmann-Mauz so nicht gelten: „Die Quotenregelungen von CDU und CSU sind nicht vergleichbar.“ Die Quote der CSU gelte nur für elf Gremien, in der CDU gehe es mit der Einführung der Parität ab Kreisvorstandsebene nun um erheblich mehr. Außerdem wolle man mehr, so die Chefin der Frauenunion: „Wir wollen neben der Quote eine neue Willkommenskultur für Frauen in der CDU, bessere digitale Möglichkeiten der Mitwirkung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt schaffen.“

Davon lässt sich CDU-Mann Natterer nicht beeindruckt sein. Fazit steht fest: „Eine Quote wäre sinnfrei und nur viel Lärm um nichts. Stattdessen würden wir die Stimmung der Basis ignorieren, wenn wir eine solche Quote dennoch beschließen.“

Friedrich Merz selbst ist jedenfalls trotz der Vorstöße der Quoten-Gegner auch unter seinen Anhängern optimistisch. Im „Focus“ erklärte er: „Mein Eindruck ist, dass selbst unter den Kritikern die Bereitschaft zunimmt, eine Quote, wenigstens so, wie ich sie vorgeschlagen habe, für fünf Jahre auszuprobieren. Und dafür rechne ich mit einer Mehrheit.“



Schwäbische Zeitung vom 15.11.2021

## Rathauschefs machen sich für Klinik stark

Erklärung vor der Kreistagssitzung: Krankenhaus muss Grund- und Regelversorger bleiben

Von Ian Peter Steppat

WANGEN = Nahezu alle Rathauschefs aus dem Württembergischen Allgäu machen sich in einer gemeinsamen Erklärung stark für den Erhalt des Wangener Krankenhauses als Grund- und Regelversorger. Zugleich stellen sie sich vor die Beschäftigten des Westallgäu-Klinikums.

Hintergrund: Am kommenden Dienstag sollen im Kreistag erstmals die seit Monaten kursierenden Reformpläne der Oberschwabenklinik (OSK) zur Krankenhauslandschaft im Landkreis Ravensburg vorgestellt werden. Nach derzeitigem Informationsstand steht dabei die Funktion des Wangener Krankenhauses als Grund- und Regelversorger auf der Kippe, auch die Notfallmedizin.

In der am Freitag veröffentlichten Erklärung schreiben die neun Oberbürgermeister und Bürgermeister aus Bad Wurzach, Isny, Leutkirch, Wangen, Achberg, Aitrach, Aitzell, Argenbühl und Kieflegg unter anderem: „Wir sehen zwar den Bedarf, die OSK insgesamt zu optimieren, bestehen aber auch in Zukunft auf ein leistungsfähiges Klinikum der Grund- und Regelversorgung für das Westallgäu mit einer Notaufnahme und einer Geburtshilfsstation in Wangen.“

Begründend erklären sie: Heute erfülle das Krankenhaus in Wangen

den Auftrag der Grund- und Regelversorgung der Oberschwabenklinik vor allem in der Region Isny/Leutkirch/Wangen. Der Landkreis Ravensburg sei ein sehr großer Flächenlandkreis mit schwieriger Topografie und mehr als 285 000 Einwohnern. Im Einzugsbereich des Westallgäu-Klinikums lebten mehr als 100 000 Menschen.

„Dazu kommen noch die Nachbarn aus Bayern, die Wangen auf kürzerem Weg erreichen als jede andere Klinik“, heißt es ergänzend. „Vor allem im Winter ist der Weg nach Ravensburg ins Elisabethenkrankenhaus im besten Fall beschwerlich, oft aber auch gefährlich und vor allem in Notsituationen weit.“

Die Rathauschefs aus dem Württembergischen Allgäu erinnern ferner daran, dass bei der Schließung der Krankenhäuser in Isny und Leutkirch zugesagt wurde, dass damit das Krankenhaus in Wangen gesichert ist. „Deshalb sehen wir Überlegungen, die eine Herabstufung des Westallgäu-Klinikums in den Blick nehmen, mit sehr großer Sorge.“

Nach Bekanntwerden der Überlegungen in der OSK-Geschäftsführung hatten sich im Sommer niedergelassene Ärztinnen und Ärztinnen aus der Region bereits ähnlich geäußert. Sinngemäß sagten sie damals: Eine Spezialisierung des Wangener Krankenhauses führe wahrschein-



Die Oberbürgermeister und Bürgermeister Michael Lang (Wangen), Hans-Jörg Henle (Leutkirch), Thomas Kellenberger (Aitrach), Dieter Krattenmacher (Kieflegg), Roland Sauter (Argenbühl) und Rainer Magerhauser (Isny) haben bei einem Treffen in Leutkirch die gemeinsame Erklärung zugunsten des Westallgäu-Klinikums initiiert (von links).

FOTOGRAFIE: BÜFFENICH (THOMAS STÜBKE)

lich auf Sicht zu dessen Schließung. Dies hätten die Beispiele der 2014 dicht gemachten Krankenhäuser in Leutkirch und Isny gezeigt.

Zur Einordnung: Im Juli hatte OSK-Geschäftsführer Oliver Adolph im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ Gedanken zu einer öffentlichen Diskussion geäußert. In Wangen ein Orthopädie-Schwerpunkt aufgebaut werden könnte, im Gegenzug hier aber keine Notfallpatienten mehr operiert würden.

Das hatte zu großer Unruhe geführt, auch unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Bei einer ent-

sprechenden Personalversammlung soll der Ton zudem ruppig gewesen sein.

Zur der Situation der Beschäftigten des Wangener Krankenhauses äußern sich die Oberbürgermeister und Bürgermeister wie folgt: „Wir sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit vielen Monaten am Krankenhaus Wangen in schwierigster Zeit für die Menschen da sind, die ihrer Hilfe bedürfen. Nicht zuletzt kämpfen seit Beginn der Coronakrise im Bereich der Oberschwabenklinik Pflegekräfte hauptsächlich im Westallgäu-Klinikum

um die mit dem Virus Erkrankten. Sie sind für die Patienten wie für die Angehörigen Ansprechpartner und leisten an vielen Tagen mehr als ihnen jemals gelohnt werden könnte.“

Auf die Erklärung im Vorfeld der Kreistagssitzung hatten sich die Rathauschefs am Donnerstag in Leutkirch verständigt. Ihre Stimme hat nicht unerhebliches Gewicht, denn sieben der neun Unterzeichner haben ein Kreistagsmandat, Wangens OB Michael Lang sitzt zudem im OSK-Aufsichtsrat.

Das 72-köpfige Gremium entscheidet letztlich über die OSK-Strukturen, da der Kreis 95-prozentiger Mehrheitsgesellschafter des kommunalen Klinikverbands ist. Bei der Kreistagssitzung am Dienstag (ab 14.30 Uhr) in der Syrgensteinhalle in Vogt steht allerdings noch keine Entscheidung an.

In der am Freitagmittag vom Landratsamt veröffentlichten Tagesordnung ist lediglich von einem „Werkstattbericht“ zur „Fortschreibung der Medizinstrategie der Oberschwabenklinik“ durch die OSK-Geschäftsführer Oliver Adolph und Michael Schuler die Rede. Damit wird das Thema im Kreistag erstmals öffentlich behandelt. Ein Sitzungsvorlage mit Details zu den Überlegungen der OSK findet sich – anders als zu diversen anderen Themen – in der Tagesordnung aber nicht.

Schwäbische Zeitung vom 23.04.2022

## Christdemokraten informieren sich am Wangener Krankenhaus

WANGEN (sz) - Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich kürzlich auch von der Situation des Wangener Krankenhauses ein Bild gemacht und Gespräche mit betroffenen Ärzten, Pflegern, Schwestern und Hebammen sowie mit Vertretern der Rettungsdienste in Wangen geführt. Über die Inhalte sei Stillschweigen vereinbart worden, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Krattenmacher und der Wangener CDU-Kreisvorsitzende und Kreisrat Christian Natterer in einer Mitteilung: „Uns war es für die anstehende Entscheidungsfindung wichtig, mit den Betroffenen persönlich zu sprechen und ihre Anliegen und Sorgen direkt vor Ort abzuholen.“

Die CDU spricht bei den drei Krankenhäusern in Bad Waldsee, Wangen und Ravensburg von „unterschiedliche Betroffenheiten“, die man „bestmöglich im Sinne der Bürger unter einen Hut bringen“ wolle, für eine „Lösung, die langfristig trägt“. Zudem gebe es im Allgäu nach der Schließung der Krankenhäuser in Leutkirch und Isny ein politisches Versprechen, das nicht vergessen sei. Man werde die Anfang Mai im Kreistag von den Gutachtern vorgestellten Varianten zur Zukunft der Krankenhauslandschaft im Landkreis intensiv prüfen, die Infos aus den Gesprächen mit einfließen lassen und versuchen, eine gute und zukunftsweisende Entscheidung zu treffen.



Online-Gespräch mit den CDU-Vertretern der Region: Oben links Kreisverbandschef Christian Natterer, Landtagsabgeordneter August Schuler, Bundestagsabgeordneter Josef Rief, darunter Bundestagsabgeordneter Axel Müller, Europa-Abgeordneter Norbert Lins, Landtagsabgeordneter Raimund Haser, SZ-Redakteur Bernd Adler und Kreistagsfraktionschef Volker Restle. SCREENSHOT: CHRISTIAN NATTERER

# CDU will OSK nicht privatisieren

## Trotz 18 Millionen Euro Defizit hält die Partei an kommunaler Trägerschaft fest

Von Bernd Adler

KREIS RAVENSBURG - Die Reformpläne für die Oberschwabenklinik (OSK) mit ihren drei Standorten lehnt die CDU im Kreis Ravensburg nicht generell ab. Dennoch möchte sie nicht am Grundprinzip der kommunalen Trägerschaft rütteln, wie der CDU-Fraktionschef im Ravensburger Kreistag, Volker Restle, in einem Pressegespräch ausführte.

Restle, seit 2004 Bürgermeister der Gemeinde Horgenzell, äußerte sich in einem Gespräch zum Wandel der Kliniksituation im Landkreis Ravensburg. Wobei es ihm nach eigener Aussage nicht nur um den Kreis geht, sondern um die gesamte Region, da die Krankenhäuser der Oberschwabenklinik (OSK) in Wangen, Ravensburg und Bad Waldsee einen weiten Einzugsbereich haben.

Zur Erinnerung: Es gibt Pläne, das Angebot an Kliniken in der Region auszudünnen und auf weniger Standorte zu konzentrieren. Sozialminister

Manne Lucha (Grüne) hatte diese Ideen unlängst im Ravensburger Kreistag verkündet. Die Ziele: Eine engere Zusammenarbeit, eher eine Fusion, der OSK mit dem Medizin-Campus Bodensee in Friedrichshafen und Umgebung. Darüber hinaus „mittelfristig“ ein Schließen der Akutkrankenhäuser in Bad Waldsee und Tettang sowie den Umbau des Westallgäuklinikums Wangen zu einer „Fachklinik“.

Entschieden ist zwar noch nichts, Volker Restle wies im Gespräch aber auf zwei Punkte hin. Erstens: Die OSK, zu 99 Prozent eine Tochter des Landkreises Ravensburg, habe große finanzielle Probleme. 2021 werde der Klinikverbund vermutlich mit einem Defizit von 18 Millionen Euro abschließen. Zwischen 2016 und 2019 lagen die Verluste bei rund fünf Millionen Euro. Die Geschäftsführung rechnet für die nächsten Jahre mit einem Defizit von rund zwölf Millionen jährlich. Zweitens: Wie in allen Krankenhäusern in der Bundesrepu-

blik hat auch die OSK ein massives Problem, geeignete Mitarbeiter zu finden. Restle: „Am Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg sind derzeit 150 Betten nicht belegt. Das liegt nicht daran, dass Menschen nicht krank werden. Sondern am Mangel an Personal auf den Stationen.“

Das von der OSK-Führung vorgeschlagene Konzept, Klinikstandorte zu verkleinern und Spezialabteilungen in einzelnen Krankenhäusern zu konzentrieren, hält der CDU-Fraktionschef im Ravensburger Kreistag für „plausibel“, auch wenn das harte Einschnitte für die Häuser in Bad Waldsee und Wangen bedeuten würde. Dennoch möchte er diese Ideen nicht einfach so hinnehmen, sondern setzt auf ein externes Gutachten, das bis Mai vorliegen soll.

„Die Frage ist für mich nicht, wo künftig welche Abteilung wie arbeiten wird, sondern es ist eine grundsätzliche“, so Volker Restle im Pressegespräch. „Was ist der Kreis Ravensburg künftig bereit, für eine me-

medizinische Infrastruktur in der Region zu investieren? Und inwiefern ist das Land bereit, dafür zu bezahlen?“

Seine Partei, die CDU, wolle unbedingt die OSK in kommunaler Trägerschaft erhalten, so der Fraktionschef. Andernfalls rechnet er mit Einbußen bei der Qualität der medizinischen Versorgung in der Region. All das werde zwar ein Kraftakt, dennoch müsse im Vordergrund stehen, was der Gesellschaft eine hohe medizinische Qualität wert sei: „Wir benötigen einen breit gefächerten Bereich an medizinischer Versorgung. Die privaten Anbieter schauen nur darauf, wo das Geld herkommt.“

Freilich sei es, so Restle, notwendig, die Strukturen der OSK zu optimieren, eventuell Angebote anzupassen und die Wirtschaftlichkeit zu beobachten. Dennoch dürften nicht die Belange der Bevölkerung aus dem Auge verloren werden. Aber er sagt auch: „Wenn das Gutachten vorliegt, dann wird es zum Schwur kommen.“

# Weshalb der Kreisverwaltung lange eine Niederlage drohte

Im Kreistag wird deutlich, dass nur ein Zugeständnis für den Standort Wangen die Mehrheit bringt

Von Jan Peter Steppat

KREIS RAVENSBURG - Es war 17.57 Uhr, als am Dienstag das „Aus“ für das Krankenhaus in Bad Waldsee und Einschränkungen wie Zugeständnisse an den Standort Wangen besiegelt waren. Der eigentliche Knackpunkt des vorangegangenen Abstimmungs-marathons war die Zustimmung für die Verwaltungsvorlage aber nicht. Der ereignete sich ein paar Minuten früher – und zeigte, dass die Pläne des Landratsamts auch hätten scheitern können.

Landrat Harald Sievers ging persönlich durch die Reihen der Kreisräte in der Sporthalle von Wetzisreute, um das Abstimmungsergebnis des dritten von mehreren SPD-Anträgen zur Zukunft der Oberschwabenklinik (OSK) auszuwählen. Singgemäß lautete er, die Klinik in Bad Waldsee fortzuführen.

SPD-Fraktionschef Rudolf Bindig hatte eine – von der Kreistagsmehrheit abgelehnte – namentliche Abstimmung gefordert, die Mandatsträger

hielten ihre Hände aber dennoch lange genug in die Höhe, um Folgendes festzustellen: 27 Räte stimmten mit „Ja“, 41 mit „Nein“. Zu Ersteren zählten neben Mitgliedern von SPD, ÖDP, Linken und – quer durch die Fraktionen – Kreisparlamentarier aus dem Raum Bad Waldsee auch andere. Darunter zahlreiche Grüne

oder zum Beispiel der Wangener Hermann Schad (FW).

Der hatte in der Debatte zuvor das offenbar „ungute Gefühl“ vieler bei der weitreichenden Entscheidung auf den Punkt gebracht, eine Zustimmung zum SPD-Antrag angekündigt – und falls dieser scheitert, sein Okay zum Vorschlag der Kreisverwaltung.

Diesen sah er trotz aller sinnbildlichen Bauchschmerzen dann doch als Kompromiss.

So kam es, dass bei der Abstimmung darüber ein konkretes Auszählen nicht mehr nötig war; Landrat Sievers stellte schlicht die Mehrheit fest. Aber das Abstimmungsverhalten hier, vor allem aber beim SPD-Antrag, verdeutlichte, dass alles auch hätte anders kommen können.

Dann nämlich, wenn die Kreisverwaltung ihren eigenen Vorschlag am vergangenen Freitag nicht kurzfristig modifiziert und zusätzlich den Erhalt der Notaufnahme in Wangen in Aussicht gestellt hätte. In diesem Fall wäre es mehr als wahrscheinlich gewesen, dass auch diverse Kreisräte aus dem Allgäu dem Paket des Landratsamts ihren Segen verweigert hätten und es womöglich komplett abgelehnt worden wäre.

Das hatte sich zu Beginn der Vorwoche bei der ersten Kreistagsdebatte zur OSK in Oberzell angedeutet. Beispielsweise durch den Wangener Christian Natterer (CDU). Der hatte

da kritisiert, sich beim Westallgäu-Klinikum zwischen Geburtshilfe und Notaufnahme entscheiden zu müssen.

Rechnet man zu ihm Allgäuer Kreisräte aus den Kommunen hinzu, die der einen vollständigen Erhalt der Wangener Grund- und Regelversorgung fordernden Resolution der (Ober-)Bürgermeister zugestimmt hatten, so kommt man auf 16 Köpfe – und das nur aus den Reihen der großen Fraktionen von CDU, Freien

Wählern und Grünen. Und man muss kein Adam Riese sein, um rein rechnerisch festzustellen, dass bereits rund die Hälfte der Stimmen von ihm ausgereicht hätten, um den SPD-Antrag zum Erhalt des Waldseer Krankenhauses durchzubringen. Der gesamte Verwaltungsvorschlag wäre damit hinfällig gewesen. Mehrheitsfähig wurde er erst durch die KonzeSSIONen für den Standort Wangen.



Vor der Abstimmung kommen die Fraktionen, wie hier die Freien Wähler, zu Beratungen zusammen. FOTO: WOLFGANG HEYER

### Diese Räte stimmen für den SPD-Antrag

Von der CDU: Raimund Haser, Sonja Wild. Von der FWV: Karl-Heinz Buschle, Roland Haug, Hermann Schad, Roland Schmidinger, Bernhard Schultes. Von den Grünen: Hildegard Fiegel-Hertrampf, Elke Müller, Tilman Schauwecker, Bruno Sing, Heinz Strubel, Doris Zodel, Gereon Guldemberg, Andreas Kolb, Dorothee Natalis. Von der SPD: Rudolf Bindig, Peter Cle-

ment, Ernst Deuer, Gisela Müller, Gerhard Lang, Jürgen Rölli. Von der ÖDP: Julian Aicher, Max Scharpf, Siegfried Scharpf, Wolfgang Schmidt. Und von der Linken: Korbinian Sekul. Zur Erläuterung: Im Kreistag war von 28 „Ja“-Stimmen die Rede, 52-Recherchen haben ergeben, dass es 27 gewesen sein müssen. (hey)

## Politische Themen Kreistagsfraktion Tempo 30

Schwäbische Zeitung vom 05.03.2022

# Forderung nach Tempo 30 gescheitert

Der Ravensburger Kreistag würgt Vorstoß der Grünen ab – warum die an ihrem Vorhaben dranbleiben

Von Emanuel Hege

KREIS RAVENSBURG - Kürzlich hat die Kreistagsfraktion der Grünen mit einem Antrag überrascht. Die Botschaft: flächendeckend Tempo 30 innerorts im ganzen Landkreis Ravensburg. Genauer forderten die Grünen, der Landrat und seine Verwaltung sollten in einen „aktiven Dialog“ für Tempo 30 als zulässige Höchstgeschwindigkeit in allen Städten und Gemeinden eintreten. Außerdem brauche es eine bessere Überwachung der Geschwindigkeitsbegrenzung. Tempo 30 rette Leben, verbessere die Lebensqualität und bringe Menschen dazu, auf andere Verkehrsmittel umzusteigen, so die Begründung der Grünen für dieses aufsehenerregende



CDU wettet gegen den Vorstoß der Grünen, flächendeckend Tempo 30 im Kreis einzuführen. FOTO: KARIN KIESEL

Gesuch. Der Kreistag kassierte den Vorstoß jedoch ein und stimmte mehrheitlich gegen den Antrag – einige Räte monierten dabei das Vorgehen

der Grünen. Der Kreistag sei nicht das zuständige Gremium, sagte beispielsweise FDP-Kreisrat Daniel Gallasch. „Wir diskutieren hier über etwas, von dem alle wissen, dass wir nicht zuständig sind.“ Auf Nachfrage beschreibt er den Vorstoß als „reine Symbolpolitik“.

„Kommuniziert dieses Anliegen nach Stuttgart und Berlin“, sagte Isnys Bürgermeister Rainer Magenreuter zur Grünen-Fraktion. Tatsächlich können Kommunen Tempolimits nur unter bestimmten Voraussetzungen beim zuständigen Regierungspräsidium anordnen. Diese Voraussetzungen werden durch die vom Bund erlassenen Straßenverkehrsordnung geregelt. „Wir würden in Isny auch gerne mehr Tempo 30 haben“, so Magenreuter

(Freie Wähler). Er habe erst vor Kurzem einen langen Termin mit dem Regierungspräsidium gehabt, um einigen Isnyer Straßen mit Gefahrenpotenzial ein Tempolimit 30 zu verpassen. „Die meinten, wir können das vergessen“, berichtete Magenreuter.

Die lauteste Kritik an dem Antrag stimmte jedoch die CDU an. In einer Stellungnahme am Donnerstagabend nannten mehrere CDU-Kreisräte den Grünen-Vorstoß „nichts anderes als Augenwischerei“ und einen „Schau-fensterantrag“. Der Kampf der Grünen gegen den Individualverkehr im ländlichen Raum sei nicht nachvollziehbar, „und wird auf den entschiedenen Widerstand der CDU stoßen“, resümierte Kreisrat Christian Natterer.

Diese Kritik wundert den Grünen-Fraktionsvorsitzenden Bruno Sing nicht. „Die CDU hat die Mobilitätswende nicht auf dem Schirm“, sagt Sing. Im Gegensatz zur Mehrheit des Kreistages sieht er den Landkreis trotz allem in der Pflicht und wird seinen Antrag weiterverfolgen.

„Der Kreis muss Stellung beziehen und es ist wichtig, dass wir darüber diskutieren“, so Sing. Er könnte sich beispielsweise vorstellen, dass der Kreis einen Beitritt zur Initiative Tempo 30 vorantreibt.

Der Kreis, die Städte und Gemeinden hätten bei Tempo 30 bereits Fortschritte gemacht, das sehe Sing durchaus. Er sehe aber auch viele Bürgerinnen und Bürger, die weitere Tempolimits und Blitzer fordern.



Direkt an der Autobahnanschlussstelle Kisllegg, auf dem Luftbild unterhalb der A 96, soll das interkommunale Gewerbegebiet Waltershofen entstehen. Die Diskussion darüber ist seit dem BUND-Vorschlag einer PV-Freiflächenanlage nun um ein Kapitel reicher. ARCHIVFOTO: HEINZ MAUCH

## Diskussion um Ikowa geht weiter

Nach der CDU-Kritik zum Vorschlag eines Solarparks gibt es nun eine Replik des BUND

KISLEGG (bee/sz) - Der Vorschlag des hiesigen Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND), auf dem umstrittenen Ikowa-Gelände bei Waltershofen eine Photovoltaikanlage statt Gewerbe anzusiedeln, sorgt wei-

ter für Gesprächsstoff. Auf die scharfe Ablehnung der Idee durch die CDU-Vorsitzenden aus Kisllegg und Wangen, Raimund Haser und Christian Natterer, gibt es nun eine Replik des örtlichen BUND-Vertreters Walter Hudler. Zudem hat sich ein weiterer Kommunalpolitiker zu Wort gemeldet.

„Der Versuch, den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien gegen Arbeitsplätze auszuspielen, ist unverantwortlich. Wir brauchen nämlich beides und können im Ikowa auch beides gleichzeitig realisieren“, hatten der Landtagsabgeordnete Haser und der CDU-Kreisvorsitzende Natterer den BUND kritisiert. Und ihm dabei vorgeworfen, die geltenden Klimaschutzgesetze des Landes nicht zu kennen, mit einer Photovoltaik-Pflicht auf neu errichteten Gebäuden und Parkplätzen. Deren Folgerung: „Im Ikowa wird also

Strom produziert – aber auf Dächern, unter denen Menschen arbeiten, und nicht auf Wiesen, auf denen unter den Pannelen nur die Schafe weiden können.“ Darüberhinaus könne das nach wie vor nicht genehmigte inter-

kommunale Gewerbegebiet am Autobahnanschluss bei Waltershofen aus ökologischer Sicht ein Vorzeigeprojekt werden. Und: Ohne Ikowa müsse man mit der weiteren Abwanderung von Unternehmen sowie den Verlust von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuer-

einnahmen rechnen. Damit sind Haser und Natterer grundsätzlich in Einklang mit dem Kisllegger Bürgermeister Dieter Krattenmacher (CDU) – und mit Wolfgang Schuwert, der sich nun ebenfalls in die Debatte eingeschaltet hat. Der Kisllegger CDU-Gemeinderat findet „die Schaffung von Arbeitsplätzen im geplanten Gewerbegebiet Ikowa plus die Erzeugung regenerativer Energien – ob Solarpark oder Geothermie – um Klassen besser und sinnvoller als nur eine PV-Freiflächenanlage“. Ziel der zweiten Ikowa-Planung sei es, Ökonomie und

Ökologie optimal miteinander zu verknüpfen. „Beides richtig gemacht, hilft Mensch und Natur und sollte eine erneute juristische Auseinandersetzung von BUND und Zweckverband überflüssig machen.“

Die Stellungnahmen aus dem CDU-Lager will wiederum Walter Hudler nicht unkommentiert lassen. Der Sprecher der BUND-Ortsgruppe Kisllegg/Argenbühl präzisiert dazu das Ziel des Vorschlags, „mit einer PV-Freifläche statt eines neuen Sied-

lungskörpers in der Landschaft gegebenenfalls mehr ‚Natur‘ mit erneuerbaren Energien und Energiesicherheit auf die Fläche zu bekommen“. Der vorgeschlagene Solarpark könne zudem als „Bürgerprojekt die Bürger energetisch, finanziell und mit gesicherter heimischer Energie teilhaben lassen“. Aus Sicht Hudlers ein gewichtiger Unterschied zu Photovoltaik auf Gewerbedächern, von der Bürger nicht profitieren könnten. Eine Gewerbeansiedlung verbaue außerdem die Landschaft für Jahrzehnte, eine Freiflächenanlage könne nach 25 bis 30 Jahren bei Bedarf zu einer unversiegelten Fläche zurück-

gebaut werden. Das CDU-Motto „Arbeitsplätze statt PV“ ist ein „Totschlagargument“, so Walter Hudler weiter. Und verweist darauf, dass der BUND die Landesvorgaben zur Photovoltaik genauso kenne wie die CDU das Anbindegebot von Gewerbeflächen an bestehende Siedlungsflächen. So habe der Bund für Umwelt und Naturschutz längst eine „Gewerbeflächenerweiterung, unter Einhaltung des Anbindegebots, bei Zaisenhofen durchaus für akzeptabel“ erklärt. Dass dies „mit entsprechender politischer Motivation auch umsetzbar“ sei, zeige aktuell der Bau des dortigen Autohauses.

Insgesamt mache die CDU-Erklärung den Eindruck, alte Argumente zu wiederholen, ohne die Änderungen der „Zeitenwende“ zu reflektieren. „Sei es zu Biodiversität, Flächenverbrauch, Energiesicherheit, Bürgerbeteiligung oder einfach nur mal zu überdenken, welchen Sinn dieser Vorschlag machen könnte“, so der Vertreter des BUND. Mit Verweis darauf, dass man „für kritische Nachfragen und Auseinandersetzung – gerne zur Verfügung“ stehe.

**Man stehe „für kritische Nachfragen und Auseinandersetzung gerne zur Verfügung“,**

sagt der Sprecher der BUND-Ortsgruppe Kisllegg/Argenbühl, Walter Hudler, in Richtung CDU.

# Verzweiflung in jedem Wortbeitrag

Debatte im Kreistag: Wie lange können Kommunen die Folgen der Migration bewältigen?

Von Paul Martin

KREIS RAVENSBURG - Es herrschte ungewöhnliche Stille und Aufmerksamkeit im Ravensburger Kreistag am Donnerstag in der Aulendorfer Stadthalle. Als der Erste Landesbeamte Andreas Honikel-Günther die Diagramme mit den prognostizierten Zugangszahlen an Flüchtlingen in den Landkreis verliest, kriegt mancher Bürgermeister in der Runde Sorgenfalten auf der Stirn. „Flüchtlingskrise und kein Ende“, konstatiert Honikel-Günther. Und muss feststellen: „Eine echte Perspektive, wie das weitergehen soll, kann uns keiner ernsthaft vermitteln.“ Und trotzdem muss der Kreis handeln. Zum Beispiel mit neuen Leichtbauhallen und Containeranlagen.



Das Grundrecht auf Asyl hat Hochäänunktui. Für Kreis und Städte bedeutet das enorme Herausforderungen.

Zu den Zahlen: Im September kamen im Kreis 124 Asylbewerber und 100 Flüchtlinge aus der Ukraine an. Bis Ende des Jahres rechnet die Kreisverwaltung mit monatlich etwa 100 Ukrainern. Parallel wird, so die Prognose, die Anzahl der Asylbewerber auf 150 im Oktober, 165 im November und 180 im Dezember steigen. Zu Beginn des nächsten Jahres könnten die Zahlen abflachen... aber auf einem hohen Niveau“, kündigte Honikel-Günther an. „Alle die damit beschäftigt sind, sind in einem aufopferungsvollen Einsatz“, sagte er abschließend. Angesichts der folgenden Wortbeiträge aus dem Kreistag war das eine milde Formulierung.

Landrat Harald Sievers war wenige Stunden vor der Sitzung noch in Stuttgart bei einer Sitzung des Landkreistags. Er berichtete über die aktuellen Beschlüsse. So fordert das Präsidium des Landkreistags vom Bund: Die rasche Verabschiedung des EU-Migrationspakets, neue Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern, Sozialleistungen auf europaweit gleichwertigem Niveau. Regulierung der illegalen Migration spätestens an den deutschen Außengrenzen. Erklärung weiterer Länder zu sicheren Drittstaaten und andere Standards bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Soweit die Haltung des Landkreistags.

Bevor er die Debatte eröffnete, stellte Sievers noch einmal klar: „Wir müssen als Landkreis unserer staatlichen Aufgabe mit der richtigen Haltung und größtmög-

lichem Engagement nachkommen.“ Insbesondere die Frage des „Wie?“ stand im Kern der folgenden Wortbeiträge.

FDP-Fraktionschef Daniel Galasch forderte die Kreisverwaltung auf, vermehrt auf Sachleistungen zu setzen.

Dem schloss sich CDU-Mann Christian Natterer an. „Von Geld auf Sachleistungen umzustellen, kann dazu beitragen, dass Menschen, die schon in anderen Ländern sicher waren, sich nicht auf den Weg nach Deutschland machen“, stimmte der Landrat zu. Die zeitgemäße Form von Sachleistungen wäre eine landesweite Bezahlkarte, die nicht an der Kreisgrenze aufhört. „Also nicht mit gigantischem Aufwand Gegenstände aushändigen, aber trotzdem kein Bargeld auszahlen und sicherstellen, dass weniger Sozialleistungen in den Herkunftsländern landen“, sagte Sievers.

Weingartens Oberbürgermeister Clemens Moll (CDU) berichtete: „Die Mitarbeiter der Städte und des Kreises sind sicher schon an der einen oder anderen Stelle über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus.“ Die Kapazitätsgrenzen seien schlicht erreicht, sagte er und verdeutlichte: „In meiner Stadt ist die Ausländerbehörde zusammengebrochen. Unsere Mitarbeiter haben gekündigt. Sie konnten nicht mehr, sie wollten nicht mehr, sie haben es nicht mehr ausgehalten.“ Der personelle Aufwand auf Verwaltungsseite ist das Ergebnis der Bevölkerungsdichte. Das schilderte Leutkirchs OB Hans-Jörg Henle (CDU) anhand eines Beispiels: „Ich war gestern Abend bei einer Versammlung mit 100 Bürgern, alles Nachbarn unserer geplanten neuen Unterkunft“, erzählte er. Henle war sich sicher: „Da waren Anhänger aller demokratischen Parteien dabei.“ Drei Stunden lang habe er versucht, den Men-

schmen ihre Sorgen zu nehmen. Das Ergebnis: „Am Ende haben 100 von 100 Bürgern die Hand gegen diese Unterkunft gehoben.“ Neben der Akzeptanz, so Henle, fehlt es an der Infrastruktur. „Wir haben keinen Wohnraum mehr, darum die Zelt hallen. Wir haben keine Kitas mehr, weil wir keine Erzieherinnen mehr finden. Das einzige was wir gerade noch hätten sind Arbeitsplätze, aber die Leute in Arbeit zu bringen, gelingt uns nicht.“

Für die Infrastruktur fehle es außerdem an Flächen. „Das Land plant künftig mit einer netto Null beim Flächenverbrauch“, holt das Leutkircher Stadtoberhaupt aus. „Wie soll das gehen, wenn ich anderthalb Hektar für die Unterkünfte brauche und sie gar nicht bebauen darf?“ Henles Fazit: „Das alles plantlos laufen zu lassen in der Hoffnung, die Kreise und Kommunen werden es schon wieder richten, wird dieses Mal nicht gelingen.“

Auf dem Flächenverbrauch schloss CDU-Fraktionschef Volker Restle an und wandte sich an die Grünen-Fraktion: „Ihr feiert den BUND und euch selber zum 13b-Urteil (der sog. „Beton-Paragraph“) für die einfache Ausweisung von Wohnbaugebieten wurde kürzlich gekippt, in der Region

stehen zahlreiche Baugebiete vor dem Aus. Anm. d. Red.)“ Jeder Bürgermeister, so Restle, habe das Problem, dass er nur schwer jemand findet, der ihm ein Grundstück gibt. Noch geringer sei die Bereitschaft, wenn es um eine Flüchtlingsunterkunft gehe.

Siegfried Scharpf (ODP) plädierte dafür. „Zugereiste nicht als Problem“ zu sehen. Er sieht die Kapazitäten für weitere Aufnahmen noch lange nicht ausgereizt. Scharpf: „Wir müssen gut mit den Menschen umgehen, dann werden sie einmal ein großer Gewinn für uns alle sein.“

Peter Clement (SPD) zeigte sich überzeugt: „Es gibt einfach keinen Schalter, den man umlegen kann, und dann ist das Problem gelöst.“ Die Krisen in der Welt würden zunehmen. „Auch die Verelendung.“ In Deutschland braucht es, so Clement, einen Konsens über humanitäre Verfahren und ein „modernes Einwanderungsrecht“. Nur: „Ein Europa umringt von Maschendrahtzaun, Todeszonen und Schießfeldern können wir nicht wollen.“

Grünen-Fraktionschef Tilmann Schauwecker warnte in dem Zusammenhang davor, von einer „Flüchtlingsdebatte im Kreistag“ zu sprechen: „Hier kann es eigentlich gar keine Debatte geben. Debatte würde ja bedeuten, wir hätten was an der Situation, die uns von oben trifft, zu verändern. So einfach ist es aber nicht.“ Es sei wichtig, Signale von kommunaler Seite zu senden, „aber mit wohl gewählten Worten.“

Ungewöhnlich deutlich wurde in seinem persönlichen Statement am Ende Landrat Harald Sievers. „Migration bietet dann am meisten Chancen, wenn wir sie nach unseren Bedürfnissen und unseren Möglichkeiten gestalten“, sagte er und gestand: „Ich würde mich wahrscheinlich auch für Deutschland entscheiden, wenn ich in einer solchen Situation wäre.“

Die Bundesrepublik müsse aber den Anspruch haben, zu entscheiden, wie viele Menschen einwandern. Das dürfe nicht die „hunderttausendfache individuelle Entscheidung der Einwanderer“ sein.

Auch die Frage, wer einwandern darf, müsse die Politik klären. „Es macht doch einen Unterschied, ob ein Alphabet kommt oder ein Analphabet kommt.“

**„Migration bietet dann am meisten Chancen, wenn wir sie nach unseren Bedürfnissen und unseren Möglichkeiten gestalten.“**

Landrat Harald Sievers

# Kreis-CDU will schnell die Bezahlkarte für Asylbewerber

Anfrage ans Landratsamt vor Kreistagssitzung am Donnerstag – Welche Argumente die CDU nennt

KREIS RAVENSBURG (jps) - Die Bezahlkarte für Geflüchtete soll im Landkreis Ravensburg so schnell wie möglich eingeführt werden. Das fordert die Kreistagsfraktion der CDU in einer Anfrage an das Landratsamt. Dabei geht es auch um die Frage, ob der Kreis Ravensburg einer von mehreren möglichen Pilotregionen für dieses Modell im Land werden könnte.

Zur Einordnung: Bund und Länder sind sich seit November vergangenen Jahres im Grundsatz einig, dass Asylbewerber weniger Bargeld zur Deckung ihres Lebensunterhalts ausgezahlt und an dessen Stelle weitgehend eine Bezahlkarte treten soll. An der Umsetzung hapert es aber noch. Widerstand gibt es in der Ampel-Koalition im Bund vor al-



Geht es nach der CDU, soll es im Kreis Ravensburg für Asylbewerber eine Bezahlkarte geben – und zwar möglichst schnell. FOTO: FERNANDO GUTIERREZ-JUAREZ/DPA

lem von den Grünen. Dem politischen Ringen wollen bundesweit einige Landkreise nicht mehr zusehen. Sie handeln und führen die Bezahlkarte selbstständig ein – so wie der Zollernalbkreis, wo

sie Ende März schrittweise gelten soll. Nicht schnell genug geht es auch der Ravensburger Kreistags-CDU. Für die Sitzung des Kreistags am Donnerstag in Schlierenzreisreute hat sie eine von Frak-

tionschef Volker Restle und Kreisvorsitzendem Christian Natterer unterschriebene Anfrage vorbereitet. Darin stellt sie eine Reihe von Fragen an die Kreisverwaltung und zugleich ihre eigene Positionen dar. Letztere sind eindeutig: Die CDU hält es für „dringend erforderlich“, dass die Karte zeitnah kommt. Und sie müsse so gestaltet sein, „dass Wanderbewegungen Bezugsberechtigter kreis- und länderübergreifend vermieden werden“. Dabei verweist sie auf die Grenz Nähe zu Bayern. Der Freistaat plane laut Medienberichten eine „härteste Version der Bezahlkarte“. Hauptsächlich geht es der CDU darum, auf diesem Weg den hohen „Migrationsdruck“ auf Land, Kreis und Kommunen zu lindern, sprich

Deutschland und den Kreis Ravensburg als Ziel von Zuwanderern unattraktiver zu machen. Kreischef Natterer erklärt: „Wir können nicht alle aufnehmen.“ Es müsse künftig vor allem um wirklich Schutzsuchende gehen.

Nach Ansicht der Christdemokraten sollen zum Beispiel in Gemeinschaftsunterkünften lebende Asylbewerber nur noch 50 Euro in bar abheben können, Gedacht für Kleinkäufe wie bei Bäckern. Die Karte soll zudem nur in einem bestimmten Postleitzahlenbereich gelten, der sich am Wohnort orientiert. Mit diesen Mitteln will die CDU verhindern, dass Bargeldleistungen an Asylbewerber ins Ausland abfließen und Schlepperbanden finanziert werden.

# Ravensburg will Pilotlandkreis werden

## Flüchtlinge sollen mit Bezahlkarte hier schneller als anderswo weniger Bargeld bekommen

RAVENSBURG (jps/pama) - Die Bezahlkarte für Geflüchtete soll im Landkreis Ravensburg so schnell wie möglich eingeführt werden. Das forderte die Kreistagsfraktion der CDU in einer Anfrage an das Landratsamt. Und in der Verwaltung verfolgt man offenbar dasselbe Ziel. Womöglich wird der Kreis Ravensburg sogar Pilotlandkreis und damit zu einem ersten, der die Bezahlkarte einführt.

Zum Hintergrund: Bund und Länder sind sich seit November vergangenen Jahres im Grundsatz einig, dass Asylbewerbern weniger Bargeld zur Deckung ihres Lebensunterhalts ausbezahlt und an dessen Stelle weitgehend eine Bezahlkarte treten soll. An der Umsetzung hapert es aber noch, Wi-

derstand gibt es in der Ampelkoalition im Bund vor allem von den Grünen.

In einer Anfrage an die Kreisverwaltung stellten in der jüngsten Kreistagsitzung der CDU-Fraktionschef Volker Restle und der Kreisvorsitzende Christian Natterer eine Reihe von Fragen an die Kreisverwaltung und zugleich ihre eigene Positionen dar. Letztere sind eindeutig: Die CDU hält es für „dringend erforderlich“, dass die Karte zeitnah kommt. Und sie müsse so gestaltet sein, „dass Wanderbewegungen Bezugsberechtigter kreis- und länderübergreifend vermieden werden“. Dabei verweist sie auf die Grenznähe zu Bayern. Der Freistaat plane laut Medienberichten eine „härte-

re Version der Bezahlkarte“. Hauptsächlich geht es der CDU darum, auf diesem Weg den hohen „Migrationsdruck“ auf Land, Kreis und Kommunen zu lindern, sprich Deutschland und den Kreis Ravensburg als Ziel von Zuwandern unattraktiver zu machen.

Der erste Landesbeamte und stellvertretende Landrat, Andreas Honikel-Günther, sagte zu der CDU-Anfrage: „Wir wollen die Bezahlkarte möglichst schnell und stehen hinter den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz.“ Die Gründe für das Landratsamt liegen auf der Hand: Schleuserbezahlung unterbinden, Geldtransfers ins Ausland verhindern. Doch Honikel-Günther machte auch klar: „Ich glaube aber nicht, dass

die Bezahlkarte ein Allheilmittel ist, von dem man das Blaue vom Himmel erwarten kann. Ich glaube es kann ein Mosaikstein sein, wird aber alleine keine Trendwende bringen.“

Der Landkreis Ravensburg habe sich in der Sache als Pilotlandkreis beim Landkreistag beworben, erklärte Honikel-Günther. „Ich denke aber, dass wir nicht die Einzigen sind“, sagte er. Aber: „Ich habe den Eindruck, dass Justizministerium und Landkreistag das schnell regeln wollen.“

Außerdem erwarte der Landkreis, dass das Land auch die Kosten für die Einführung der Bezahlkarte übernimmt. In Bayern ist das schon geregelt: Der Freistaat zahlt.

## Politische Themen Biosphäregebiet

Schwäbische Zeitung vom 31.05.2024

### Grün-Schwarz ist gespalten

Petra Krebs (Grüne) empört über Aussagen von CDU-Minister Hauk zu Biosphäregebiet

Von Paul Martin

LANDKREIS RAVENSBURG - Soll in Oberschwaben das dritte Biosphäregebiet Baden-Württembergs entstehen? In dieser Frage zeigt sich immer deutlicher, wie tief gespalten die grün-schwarzen Koalitionäre sind, obwohl sie nicht in Stuttgart entschieden wird. In der Region sind indes Aufkleber gegen das Biosphäregebiet plakatiert worden – Urheberchaft unbekannt.

„Es darf kein Biosphärenreservat in Oberschwaben geben“, sagte Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) kürzlich bei einem Wahlkampfauftritt in Wangen. Die Entwicklung in der Landwirtschaft zeige, so Hauk, dass dort kein Bedarf bestehe. Vielmehr sei die Nutzung der Natur „bitter notwendig“, sagte das Kabinettsmitglied von Winfried Kretschmanns grün-konservativer Koalition.

„Die jüngsten Äußerungen von Minister Hauk sind unangebracht“, teilt daraufhin die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, die Wangener Landtagsabgeordnete Petra Krebs, mit. „Wahlkampfgetöse ist alles andere als förderlich für die laufende Prüfung eines möglichen Biosphäregebiets in Oberschwaben.“

Die Abgeordnete erklärt: „Wir Grüne setzen darauf, dass die Bür-

ger sowie ihre gewählten Vertreter in den Gemeinderäten die Vor- und Nachteile eines solchen Schutzgebiets sorgfältig abwägen – und diese selbstständig erkennen.“ Bewusst sei die Entscheidung darüber im Rahmen des Koalitionsvertrags in die Hände der Menschen vor Ort gelegt worden. Krebs zieht den Vergleich: „Wie das Biosphäregebiet

Schwäbische Alb kann auch Oberschwaben zur Modellregion für eine nachhaltige Zukunft werden.“ Sie sei zuversichtlich, dass das Biosphärenreservat am Ende der Prüfung als „riesige Chance für ganz Oberschwaben“ wahrgenommen werde. „Und deshalb wünsche ich mir, dass wir in dieser Legislatur gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort die Weichen

stellen, damit dieses dritte Modellprojekt im Land verbindlich begonnen werden kann.“

Noch klarer hatte sich im vergangenen Herbst der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Andreas Schwarz, pro Biosphäregebiet positioniert. „Das kommt“, hatte er seinerzeit im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ gesagt und wurde dafür scharf kritisiert,

sodass er die Aussage letztendlich als „persönlichen Wunsch“ einordnete.

„Aussagen wie die des Kollegen Schwarz schlagen ein wie eine Bombe“, warnte damals der hiesige CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser vor zu viel Einmischung aus der Landesregierung. Das widerspreche dem Geist des Koalitionsvertrags. Für eine Stellungnahme zu den Äußerungen von CDU-Minister Peter Hauk zum Biosphäregebiet ist Raimund Haser nicht zu erreichen.

Hasers Parteifreund und Kreisvorsitzender CDU im Landkreis Ravensburg, Christian Natterer, sagt auf Anfrage: „Ich unterstütze die Äußerungen von Peter Hauk. Ein Biosphäregebiet ist ein massiver Angriff auf viele Landbesitzer.“ Und weiter: „Deswegen lehnen ich und die CDU es ab.“ Klar sei aber weiterhin, dass die Entscheidung vor Ort in den Gemeinderäten getroffen wird.

Macht die Ravensburger Kreis-CDU also Politik gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag in Stuttgart? „Ich glaube, Peter Hauk hat schlicht den Gleichstand hergestellt, nachdem sich Andreas Schwarz so deutlich geäußert hat“, meint Natterer. „Jetzt sind die Standpunkte auf beiden Seiten klar und die Menschen haben bei der Kommunalwahl die Möglichkeit, die Gemeinderäte so zusammenzustellen, dass ein Bio-

sphäregebiet kommt oder nicht.“

Dass die Landesregierung in puncto Biosphäregebiet ein gespaltenes Bild abgibt, überrascht Natterer nicht. „Das sind leichte Vorboten auf das Ende von Grün-Schwarz“, sagt er. „Wir wollen nicht mit denen weitermachen.“

Soweit die Standpunkte der bekannten politischen Akteure. In der Region sind zwischenzeitlich auf einigen Großplakaten orangefarbene Aufkleber aufgetaucht: „Wir brauchen kein Biosphärenreservat in Oberschwaben“, steht darauf. Wer dahinter steckt ist bislang unbekannt. Die CDU will damit nichts zu tun haben, unter anderem sind auch ihre Plakate beklebt worden. „Das ist keine Kampagne von uns“, sagt Natterer. „Das gehört in die Kategorie Plakatschmierereien.“ Die CDU im Kreis habe „keine Werbemittel, die sich speziell auf den Prüfprozess zum Biosphäregebiet beziehen“.

Dem Chef des Bauernverbands im Landkreis, Franz Schönberger, sind die Anti-Biosphäre-Aufkleber auch aufgefallen. Er lehnt die Einrichtung eines Biosphäregebiets zwar strikt ab, sagt aber zu den Aufklebern: „Wir wissen nicht, wer das war.“ Der Bauernverband oder die selbsternannte „Allianz der Landeigentümer- und Bewirtschafter“ hätten jedenfalls nichts damit zu tun.



Grüne und CDU, hier Petra Krebs und Christian Natterer, haben sich im Koalitionsvertrag auf den Prüfprozess zum Biosphäregebiet geeinigt. Heute streiten sie darüber. Und Unbekannte plakatierten. FOTOS: BEE/ARCHIV